Aus den Wirtschaftsbezirken

Bochum-Bergen

„Wir lassen uns unser heiliges Rußland nicht beschmutzen."

Das Einheitskomitee der KPD. hat zu einer öffentlichen Volksversammlung am 19. 2. 1928 eingeladen. Um sich nicht unsterblich zu blamieren, sind von Bochum-Herthe 50 bis 60 Rote Frontkämpfer mit Schalmeien erschienen. Die feierliche Eröffnung der Versammlung fand unter Posaunenklängen statt. Als die Mauern des Kapitalismus umgeblasen waren, erhielt der Rußland-Delegierte Riegel-Essen das Wort.

Nach bestem Wissen und Gewissen teilte er freudestrahlend mit, daß in Rußland Polizei, Militär und Arbeiter eins sind. **Die Todesstrafe besteht nur noch für politische Verbrechen!** Technik komme nicht dem Kapitalisten, sondern dem Arbeiter zugute. Das nationale Eigentum ist gestiegen. Jugendliche beiderlei Geschlechts lernen ein Handwerk (wörtlich: Mädchen lernen Maurer usw.).

Geburten werden vom Staat betreut, Säuglingen wird Wäsche geliefert und diese bis 2 Jahren ernährt. Der § 218 existiert in Rußland nicht — aber der Eingriff ist nur unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Wird eine Frau vom Mann geprügelt, so gibt es ½ Jahr Gefängnis, geschieht es umgekehrt, dann hat es der Mann verdient! In Rußland gibt es keine Prostitution mehr, keinen Schulzwang, der Lehrer hat nichts zu sagen — nur die Zellen. Häuser gehören dem Staat, bei einem Einkommen von 75 Rubel keine Miete, bei 100 Rubel 2,80 bis 3 Rubel den Monat. Landwirtschaft ist nach deutschen Verhältnissen eingerichtet. Bauern laufen vor der Maschine fort! — Das Radio ist unentgeltlich. Bei Eintreffen der Delegierten Begrüßungsansprache, deutsch, durch Lautsprecher. — Dann Musik und Riegel wurde von einem jungen Mädchen zum Tanz aufgefordert.

Pressefreiheit und andere Parteien kann der Staat nicht zulassen, weil sonst kein sozialistischer Aufbau möglich ist. Frage an den Papst: „Wer ist besser, Lenin oder alle Götter der Welt?"

Ueberstunden werden mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt! Auf die Frage, sind keine Erwerbslose da? erwiderte der Referent 1½ Millionen. —

Der politische Gefangene erhält im Monat 3 Tage Urlaub und kann gehen wo er will. Hat er sich ein Jahr gut geführt, so bekommt er ein Jahr geschenkt. Feinde des Sowjetstaates sind Intellektuelle, verarmte Bourgeoisie. Ein ehemaliger Offizier erhält als Portier in einem Hotel 180 Rubel monatlich, seine Frau ist Tanzlehrerin. Dem Kapital sind Konzessionen gemacht und können sofort für nichtig erklärt werden. Schwerarbeiter erhalten 6 bis 8 Wochen Urlaub. Entlassungen gibt es nur wegen Arbeitsmangel. Die Gewerkschaften haben 10 Millionen Mitglieder. Die Sowjetmacht kann ihr Land verteidigen, weil sie die große Masse hinter sich hat.

Nach dem 2stündigen Geschwätz begann die Diskussion. Der Genosse K. erhielt nun das Wort. Kaum 10 Minuten von der Versammlung in Ruhe angehört, fingen die Posaunenbläser an, ein Signal zum Angriff zu geben. Eine endlose Geschäftsordnungsdebatte und der Delegierte erlaubte gnädigst 15 Minuten Redezeit. Die Ausführungen über die wirkliche Lage und Politik des Granaten-Sozialismus lösten einen solch ungeheuren Radau aus, daß nicht viel an einer gewaltigen Prügelei gefehlt hätte. „Schuft", „Hakenkreuzler", „werft ihn hinaus!" waren die „Argumente". Ein Halbkreis war gebildet zum Angriff. Ein ganz junger, roter Polizist verlangte, der K. solle sich „legitimieren". Von der Bergener Bevölkerung waren kaum 10 Personen zu der Versammlung erschienen.

Die Bochumer sind auch nach Herne gekommen, um dem Genossen Sch. den Kopf kaput zu schlagen. Ein großer Teil der RFB.-Leute hat jedoch diese Gemeinheiten nicht gebilligt.

Auch hier, wo die revolutionären Elemente sich erst zusammenfinden und organisatorisch festigen, wird Bresche geschlagen werden in die Mauer leninistische Verdummung.

Nowawes

Die leninistischen Fortschrittler.

Die „Kommunistische Zellengruppe Potsdam der KPD." hat sich mit einem Schreiben an die Sozialdemokratie gewandt und sie aufgefordert, „zum Zweck der vollständigen Auswertung sämtlicher abgegebenen Stimmen" eine **Listenverbindung** mit der SPD. einzugehen. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Werte Genossen!

Die am 11. März dieses Jahres stattfindende Neuwahl der hiesigen Stadtverordnetenversammlung wird wahrscheinlich zufolge der von der Clique Rauscher-Averdunk-Pauli betriebenen Mißwirtschaft eine schwere Niederlage der rechten Gruppierungen bringen. In Anbetracht der Tatsache, daß hier am Orte die Deutschnationalen organisatorisch außerordentlich stark sind, außerdem unter breiten Schichten der Wählerschaft Potsdams noch starke traditionelle Bindungen zu den Mächten der Reaktion vorhanden sind, gilt es für die Parteien, **welche die Interessen der Arbeiterschaft wie überhaupt des fortschrittlichen Gedankens vertreten (!!)**, alle Kräfte anzustrengen, um die Niederlage der rechten Gruppierungen zu einer vollkommenen zu machen.

Wir schlagen Euch deshalb vor, in irgendeiner Form mit uns ein Listenverbindung einzugehen, um unter allen Umständen eine restlose Verwertung sämtlicher abgegebenen Stimmen, unter besonderer Berücksichtigung der Reststimmen, zu gewährleisten.

Ueber die konkrete Form einer solchen Listenverbindung könnte man sich unseres Erachtens mit Leichtigkeit in einer mündlichen Besprechung einigen.

Mit proletarischem Gruß
Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Berlin-Brandenburg, Zellengruppe Potsdam."

Wenn man schon die Sozialdemokratie als die Partei ansieht, die „die Interessen der Arbiterschaft vertritt", so ist es unerfindlich, was dann noch eigene Listen sollen. Aber die Leninisten merken eben mit ihrer „Realpolitik" schon gar nicht mehr, daß sie mit ihrem „Leninismus" der SPD. selbst die Argumente liefern, die diese nur zur Lächerlichmachung der fortschrittlichen (wie bescheiden) Leninisten geschickt anzuwenden braucht, um gerade ihnen die Schuld für die „Zersplitterung" in die Schuhe zu schieben. Das revolutionäre Proletariat sieht darin immer wieder aufs neue, daß die parlamentarische Taktik niemals die Selbstaktivität des Proletariats vertragen kann, die nötig ist, um selbst zu kämpfen, sich selbst zur Geltung zu bringen. Die Arbeiter müssen die parlamentierenden Fortschrittler hübsch unter sich lassen. Für sie ist die Parole: **Klassenkampf**, nicht Wahlrummel!

Leipzig

„Massenprotest der KPD."

Einen Riesenreinfall erlitt die hiesige KPD. am Freitag, den 17. Februar, mit zwei großaufgezogenen Versammlungen zur drohenden Metallarbeiteraussperrung. In jedem der zwei gemieteten Riesensäle waren nicht mehr als je 150—200 Frontkämpfer und KPD.-Mitglieder erschienen. In dreiviertel Stunden trompetete in den Concordia-Sälen ein KPD.-Stadtverordneter radikale Phrasen in den Saal, die in schreiendem Widerspruch zu der Gewerkschaftseroberungspraxis der Stalinisten standen. Als einer unserer Genossen seine Wortmeldung einreichte, um an dem jämmerlichen Mißerfolg der Versammlungen aufzuzeigen, wie überflüssig den Metallarbeitern die KPD. erscheint angesichts ihrer reformistischen und sozialdemokratischen Streikpraxis, erklärte der gestempelte Versammlungsleiter die „Kundgebung" für geschlossen. Derselbe Versammlungsleiter, der von unserem Genossen wegen seiner Furcht vor einer Auseinandersetzung vor dem Lokal zur Rede gestellt wurde, erklärte im Laufe der Diskussion, daß die Einheitsfronttaktik zur **Verschmelzung mit der SPD.** führen könne. Den wie begossenen Pudeln aus dem Saal abziehenden KPD.-Proleten haben wir „Kampfruf" und Flugblatt in die Hand gedrückt. Einzelne Neuaufnahmen in der letzten Zeit haben uns bewiesen, daß bei hartnäckiger und systematischer Propaganda die durch Mitschuld der KPD. erzeugte Passivität bei denkenden Proletariern beseitigt werden kann. Von dem Weg der Stalinisten zur SPD. werden die Besten dadurch in die Reihen der Revolution zurückkehren.

Berlin-Charlottenburg

Der für Freitag, den 24. Februar 1928, abends ½8 Uhr, im Lokal Deike, am Lützow 9, einberufene

Oeffentliche Diskussionsabend

hat das Thema:

Der Generalangriff des Unternehmertums und Antwort der Arbeiterklasse!

Alle revolutionären Arbeiter Charlottenburgs sind eingeladen. Besonders fordern wir die „**Linken Kommunisten**" zum Besuch der Versammlung auf, um die Debatte ihres Diskussionsabends festsetzen zu können. Die „Linken Kommunisten", Genosse Hesse und Urbahns, sind schriftlich eingeladen.

Genossen, sorgt für Massenbesuch!

7. Unterbezirk KAPD., Groß-Berlins.

Aus der Partei

Realpolitik und Revolution

Eine Antwort an Genossen K. Horner.[1])

2. Spontanität und Organisation.

Alle Hochachtung vor den theoretischen Fähigkeiten und wissenschaftlichen Leistungen des Genossen Horner kann das revolutionäre Proletariat nicht von der harten Pflicht entbinden, die Gedankenwelt des Marxismus immer wieder auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen, weil eben die Waffe der Kritik nicht die Kritik der Waffen ersetzen kann. Unsere vorausgegangene Polemik gegen die Auffassungen Horners vom Gang der kapitalistischen Entwicklung stellte in den Vordergrund, daß die marxistische Theorie zur Zukunftsmusik von zweifelhaftem Wert werden muß, wenn sie an der Gegenwart des Klassenkampfes achtlos vorübergeht. Weil Horner die augenblicklichen charakteristischen Merkmale des kapitalistischen Wiederaufbaues in seinen allgemeinen Betrachtungen nicht weiter untersucht, übersieht er auch die dazu gehörige Rolle der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und gelangt von den Lehren der Vergangenheit zu Prophezeiungen, die für den proletarischen Klassenkampf objektiv auf gleicher Stufe rangieren, wie der Glaube an das automatische Ende des Kapitalismus auch. Der Zusammenhang zwischen Gegenwartskämpfen und proletarischer Revolution soll uns zum Schluß beschäftigen. Hier mag auf die merkwürdige Uebereinstimmung hingewiesen sein, die zwischen den unversöhnlichen Anhängern der Todeskrise und dem Genossen Horner in Fragen der Taktik und Organisation besteht. Es ist eben nicht von ungefähr, daß die Verfechter der von unserem Verfasser abgelehnten automatischen Endkrise in allen Kämpfen um die praktischen Aufgaben der Union mit Horner darin übereinstimmten, daß die Betriebsorganisation heute nur eine propagandistische Gruppe sein könne, wie es die Essener Richtung erst kürzlich wieder formuliert hat.[2]) Diesen Standpunkt nimmt auch der Artikel Horners ein, und er führt uns in die Auseinandersetzung um die organisatorischen Grundfragen der Revolution.

Mit der Darstellung Horners über den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus stimmen wir durchaus darin überein, daß die alte sozialdemokratische Auffassung des Klassenkampfes nur von der Organisierbarkeit des Proletariats ausgeht. Mitgliederzahlen und gefüllte Kassen sind hier der Gradmesser des proletarischen Klassenbewußtseins. Partei und Gewerkschaft übernehmen dann mit ihrem Apparat die Beseitigung der Lohnsklaverei und müssen deshalb mit Argwohn und Unverständnis auf die vorwiegend aus ungelernten Industriearbeitern bestehenden, nicht organisierten Massen blicken, wie es in den Taktikdebatten der Vorkriegszeit immer wieder zum Ausdruck kam. Mit der Massenstreikfrage, als Echo der russischen Revolution von 1905 war in Deutschland auch der Streit um den Charakter und die Aufgaben der proletarischen Organisation auf die Tagesordnung gestellt. Den entscheidenden Gegensatz verkörperten hier Lenin und Rosa Luxemburg. Lenin übersetzte die sozialdemokratische Idee von der organisatorischen Reglementierung des Klassenkampfes ins Russische, als er gegen die Oekonomisten die These verfocht, daß die proletarischen Massen aus sich heraus zu Kämpfen gar nicht imstande wären. Hier entspringt jene bolschewistische Auffassung über die Rolle der Arbeiterpartei, die modernen Klassenkampf mit politische Organisation überhaupt miteinander gleichsetzt und im Grunde trotz allen Parolenradaus die Massen verachtet. Mit dieser Plattform steht und fällt die Komintern. Das ist die Lehre, die in Anwendung auf die eigene Organisation bei der generellen Blankovollmacht des Zentralkomitees endet und die sowohl reformistische Entartung in ihren Reihen durch Kadaverzentralismus verhindert, wie sie die Kämpfe der arbeitenden Massen durch das Kommando von oben auslöst und dirigiert.

Diese Gipfelleistungen des organisatorischen Sozialdemokratismus, die das bekannte sozialrevolutionäre „ins-Volk-gehen" der Intellektuellen von einer anderen Seite her wiederholten, sind nur von Rosa Luxemburg ernsthafter Kritik unterworfen worden. Mag sie im schweren Kampf gegen den festgewurzelten deutschen Statutensozialismus und seine zentristischen Beschützer die Organisation vorwiegend nur als Resultat des Massenkampfes gezeigt haben, mag das Moment der politischen Führung in der Aktion hier reichlich in den Hintergrund geraten sein, dennoch kommt das historische Verdienst der Genossin Luxemburg in der Massenstreikfrage gerade dort zum Ausdruck, wo sie besser als andere Wortführer des Marxismus die Eigenart jener Massenkräfte begriff, die der Imperialismus in Bewegung setzt. Andere namhafte Theoretiker der marxistischen Linken, wie z. B. Anton Pannekoek, der gegen Kautsky und Co. die unmittelbare Einwirkung der Massen auf die Politik neben dem bisherigen Vertretersystem verfocht, konnten sich von der Vorstellung des Klassenkampfes als die Handlung der organisierten Arbeiterschaft nie ganz frei machen. Pannekoek bekämpfte die zentristische „Theorie des aktionslosen Abwartens", weil er die Möglichkeit plötzlicher gewaltiger Erhebungen unorganisierter Massen in Rechnung stellte, und die Partei darauf hinwies, daß die Unorganisierten „in den Massenaktionen eine noch größere Rolle spielen, noch wertvollere Bataillone bilden werden, als die Masse der jetzt Organisierten".[3]) Pannekoek sieht die Spontanität als eine Erscheinung, die der sozialdemokratischen Organisation dienstbar gemacht werden kann, wenn sie den Nur-Parlamentarismus überwunden hat. „Die **Massenaktion, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft beschließt**, zieht oft weitere Kreise des Proletariats heran und damit steigert sie sich allmählich zu Aktionen der ganzen proletarischen Klasse" (vom Verfasser gesperrt). Das Wesentlichste an der Auffassung Pannekoeks lag nicht in der Einschätzung der spontanen Massenkräfte, sondern in der Ueberzeugung, daß eine „hochorganisierte sozialistische Volksmasse" die Voraussetzung des Sieges wäre und daß sich die organisatorische Macht der Sozialdemokratie bis zum Sturze des Kapitals unaufhörlich und bleibend steigern würde. „Früher konnte die Volksmacht nicht stetig und sicher aufgebaut werden; sie konnte nur während eines Augenblicks in plötzlichen gewaltsamen Eruptionen emporschießen und eine erdrückende Herrschaft umwerfen; aber dann zerfloß sie wieder in nichts und eine neue Herrschaft legte sich auf die machtlose Volksmasse. Die Beseitigung aller Klassenherrschaft, die wir ins Auge fassen, ist nur dadurch möglich, daß jetzt eine bleibende Volksmacht allmählich und unerschütterlich aufgebaut wird, bis zu dem Grade, daß sie die Staatsgewalt der Bourgeoisie durch ihre Wucht einfach zerdrückt und in nichts auflöst."

Immer wieder spricht Pannekoek in diesen Artikeln über zwei mächtige Organisationen, von denen die proletarische einmal die kapitalistische zerstören muß. Er hebt besonders hervor, daß diese Massenkämpfe erst auf einer hohen Stufe der Entwicklung möglich wären, „denn sie stellen Ansprüche an die geistigen und moralischen Qualitäten, an Wissen und Disziplin der Arbeiter, die erst die Frucht langer, politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe sein können". Während Rosa Luxemburg am russischen Beispiel den lebendigen Prozeß der proletarischen Revolution zeigte, der aus spontanen Einzelkämpfen zur breiten Massenrebellion heranwächst, die auf ihrem Wege organisatorischen Niederschlag als Stachel und Zügel für weitere Kämpfe findet und zum Höhepunkt des bewaffneten Konfliktes mit der Staatsgewalt führt, diskutierten die deutschen Linken, ob das Wahlrecht in Preußen ein geeignetes Objekt für den Massenstreik sei oder nicht. Pannekoek vergleicht die Revolution mit einem Vogel, der allmählich im Ei heranwächst, bis er endlich die Schale sprengt. Diese organisatorische Auffassung des Klassenkampfes spricht immer nur von Beschlüssen der Partei, sieht über die Legalität nicht hinaus und vergißt deshalb, daß die Zeit der Wehen der Geburt voraufgehen muß. Die Gewerkschaftsbürokratie hat wohl begriffen, daß in solchen Massenkämpfen die vorhandenen Organisationen aufs Spiel gesetzt würden, und deklamierte deshalb ihr Sprüchlein vom „Generalunsinn". Für die Situation des 4. August 1914 aber bleibt charakteristisch, daß die marxistische Linke Deutschlands, wie wir gezeigt haben, im wesentlichen den Gedanken der legal-organisatorischen Auffassung des Klassenkampfes auf die Spitze getrieben hatte und damit der plötzlich veränderten Situation nicht gewachsen sein konnte.

Die theoretischen Auseinandersetzungen über den Massenkampf sind von Krieg und Revolution auf ihren praktischen Wert geprüft worden. Auch der Genosse Horner will die Lehren dieser Vergangenheit ziehen und wir sind der Auffassung, daß Partei und Union seinen Standpunkt ernsthaft prüfen sollten, weil sich ihre eigene Vergangenheit deutlich darin wiederspiegelt. Alle Beschlüsse der Organisation über das Gesicht unserer praktischen Arbeit müssen in der Luft hängen, wenn sie nicht von einer ganz bestimmten theoretischen Erkenntnis ausgehen. Die Partei soll offen aussprechen, daß sie Horners Vergleich zwischen der alten sozialdemokratischen Organisation und dem kommunistischen Vortrupp des Proletariats deshalb nicht akzeptieren kann, weil er nur die organisatorische Reglementierung des Klassenkampfes durch die Spontanitätstheorie ersetzt, die die wichtigsten Lehren der Revolution ignoriert. Selbstverständlich kann die Partei nicht den oben dargestellten, früheren Standpunkt Pannekoeks wiederholen, der auf 100prozentige Organisation als Voraussetzung des Sieges hinausläuft. Dieser Auffassung könnte eher die Hornersche Analyse von der vorläufigen Erholung des Kapitalismus zugrunde liegen. Die Partei geht davon aus, daß die kapitalistische Entwicklung die im Kriegsausbruch akut gewordenen Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung stets erneut reproduziert hat und daß nicht Milderung, sondern Verschärfung der Klassengegensätze auf der Tagesordnung steht.

(Schluß folgt.)

[1]) Fortsetzung aus Nr. 10/11 des „Proletarier".

[2]) Auf der Reichskonferenz der AAU. Ostern 1927 vertrat die Berliner Delegation vom Standpunkt dieser Todeskrise Leitsätze, die das „Kleben an materiellen Dingen" verwarfen. Gemeint war, daß die Klassenbewußtseinsentwicklung der Massen für die Union in keinem direkten Zusammenhang mit den täglichen Kämpfen stehen darf. Die Leitsätze wurden auf der Konferenz zugunsten anderer zurückgezogen. Die starre Auffassung von der kapitalistischen Entwicklung und der dementsprechenden Taktik ist in Wirklichkeit auch die tiefere Grundlage der sogenannten Opposition. Die Verwirrung unter den Anhängern dieser Todeskrise mag noch dadurch illustriert werden, daß der Pfempfertsche „Spartakus" den Genossen Horner wegen seiner Gegnerschaft zur Luxemburgschen Akkumulationstheorie trotz der von ihm vertretenen Taktik als Theoretiker des Reformismus denunziert.

[3]) Alle Hinweise und Zitate in diesem Kapitel betreffen die Artikelreihe: Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, Neue Zeit, 1912, II. Band des 30. Jahrgangs.

Werbt neue Abonnenten!

Organisatorische Mitteilungen

Mitteilung der VRUK.

Folgende Ortsgruppen werden hiermit aufgefordert, die ausstehenden Sammellisten sofort abzurechnen:

Duisburg Nr. 567, Velbert Nr. 714, Kaiserslautern Nr. 710, Ludwigshafen Nr. 709 und 737, Mainz Nr. 708.

Groß-Berlin: Oeffentliche Diskussionsabende!

14. Bezirk.

Freitag, den 24. Februar bei Rudolf, Herrmann-, Ecke Knesebeckstraße.

17. Bezirk.

Freitag, den 24. Februar 1928, abends 8 Uhr, Lokal Fra[illegible] Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20.

Thema in allen Veranstaltungen: „Die Entwicklung in Rußland und die Stellung der „Ruthen-Opposition".

Oppositionelle KPD.-Arbeiter sind besonders eingeladen.

Die Pressefond-Sammelliste 73 ist verlorengegangen. Auf der Liste waren 3.— Mk. gesammelt. Bei Auftauchen ist die Liste sofort anzuhalten, dem Inhaber abzunehmen und beim Bezirk abzuliefern.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N, Hagenauerstr. 12. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. Februar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Die alte Leier

Die Tragikomödie in Mitteldeutschland

Nicht daß der Verlauf des mitteldeutschen Streiks nach den vorgeschriebenen, längst bekannten Regeln verlief, und gerade an dem Punkt absackte, wo er einen Sinn bekommen sollte, ist eigentlich das Problem. Das war vorauszusehen und konnte nur von dem anders erwartet werden, der den Bedingungen dieser Bewegung, wie den Bedingungen des Klassenkampfes in der heutigen Situation überhaupt, blind gegenübersteht. Das Problem ist vielmehr dies, mit welcher Ruhe und welcher zynischen Frivolität die Gewerkschaften und ihre Parteien den Arbeitern hier einen „Sieg" vorrechnen können, ohne damit völlig unmöglich zu werden. Das Problem ist, daß sie über diese Tatsache eines offen erwiesenen und zum so und so vielten Male wiederholten Bankrotts, ohne mit einer Wimper zu zucken, zur Tagesordnung übergehen können — wie wenn gar nichts gewesen wäre. Am Morgen des 21. Februar noch Kampfgeschrei. Am Mittwoch eine noch größere Knallzeile: „Metallschiedsspruch verbindlich", und darunter eine breite Ausmalung des „Erfolges", daß die Aussperrung nicht kommen wird. Dann die schönste aller Perlen: „Sie (die Arbeiter) lassen sich nicht von Gefühlen leiten — — — sie lassen sich nicht durch provozierende Scharfmacher ins Unrecht setzen. Sie lassen sich nicht durch eine plumpe Spekulation der Unternehmer auf kommunistische Quertreiber in Verwirrung bringen." „Vorwärts" vom 22. 2. Der „Abend", die „Spätausgabe" des „Vorwärts" hat bereits wichtigeres zu tun. „Der König aus dem Morgenlande" ziert die ganze erste Seite. Der Fall ist erledigt. Daß die Arbeiter diese **Peitschenhiebe** so ohne weiteres hinnehmen und daß eine Bürokratenbande so sicher darauf spekuliert, daß die Arbeiter diese Peitschenhiebe **hinnehmen werden**, das scheint uns das Charakteristikum sowohl deren „Politik", als auch des Verhaltens der Proletarier zu sein.

Und dies scheint uns weit wichtiger, weit mehr der Beachtung wert, als die Tatsache, daß die „Kommunistische Partei" trotz dieser kalten Massenverachtung der Sozialfaschisten mit ihren Phrasen sich selbst die Grube gräbt, in die sie dauernd selbst hineintorkelt. Daß ihre Funktionäre in großer Zahl offen in die schwarz-rot-goldene Front überliefen und die Anträge ihrer eigenen Partei niederstimmten, daß die streikenden Arbeiter den Phrasen der KPD. mit ungeheurem Mißtrauen begegnen, hat seine greifbaren Ursachen. Wochenlang hat die moskauer Presse die Arbeiter in der Illusion gehalten, daß diese Front eine Kampffront sei, daß die Bedingungen des Streiks im Einklang stünden mit den Notwendigkeiten einer wirklich proletarischen Abwehr- und daraus folgenden Angriffsaktion. Noch am Tage der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs brüllte der „Klassenkampf" in Halle mit nicht zu übertreffender Blödheit in die Massen hinein: „Die Massen marschieren!" Zu diesem Zeitpunkt fühlten die primitivsten Geister bereits, daß die Krise nicht nur da, sondern daß bereits die Entscheidung gefallen ist. Proletareer, die auf diese Blödheiten hereinfallen, müssen wahrhaftig auf dem geistigen Niveau stehen, das Moskau für genügend hält, um die eigene Opposition dorthin in die Verbannung zu schicken, um sie in diesem Niveau zur Verzweiflung zu treiben. Zu dieser blöden Komödie gehört auch, daß einige unentwegte Funktionäre „für Fortsetzung des Kampfes" stimmen mit dem Vorbehalt, daß dies infolgedessen, weil der ADGB. nicht „muß", gar nicht möglich ist. Vielleicht „gewinnt" die KPD. sogar einige Stimmen bei der nächsten Wahl zurück. Sie wird immer die Partei bleiben, in der die reformistische Hysterie sich sammelt. Aber für die grundsätzliche Entscheidung und Gestaltung der Arbeiterbewegung in der heutigen, geschichtlich bedeutsamen Epoche, wird das ohne besondere Bedeutung bleiben.

Der Angelpunkt der gesamten Sachlage ist mit nicht zu übertreffender Deutlichkeit in einem Aufruf enthalten, den die Streikleitung auf die Arbeiter losließ. Es heißt dort, daß durch den Kampf gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch

„das von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten angestrebte und errungene, wenn auch sehr verbesserungsbedürftige **Tarifvertragsrecht in Gefahr käme** und daher nur den Interessen des gesamten Unternehmertums gedient würde. Der kämpfenden Kollegenschaft nicht nur allein, **sondern der Arbeiterschaft Deutschlands wird zwangsläufig hiermit der Weg gewiesen.**"

Die Gewerkschaftsbürokraten sagen hier sehr klar, daß ein Abweichen von dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie" und der Tarifpolitik das Ende der Gewerkschaften überhaupt bedeuten würde. Und sie haben Recht! Denn: um bei dem praktischen Beispiel zu bleiben: der Kampf **gegen** den verbindlich erklärten Schiedsspruch ist ein Kampf gegen die Staatsgewalt selbst! Der Kampf gegen die „Wirtschaftsdemokratie" ist ein Kampf gegen das Fundament, mit dem die Politik der Gewerkschaften steht und fällt. Die Gewerkschaften haben hier nur die längst bekannte Tatsache von neuem erhärtet, daß ihnen die Befehle der kapitalistischen Klasse heilig sind, und sie nicht von dem Wege abgehen können und werden, den sie bis dahin gingen. Der Weg des Kapitalismus, das ist auch der Weg der Gewerkschaften, und damit sind nach der Logik der Gewerkschaftskönige, auch die Interessen des Proletariats identisch mit denen des Kapitalismus selbst.

Daß das eine Illusion ist, weiß nicht nur jeder denkende Arbeiter längst, sondern gerade — um immer bei dem praktischen Beispiel zu bleiben — der Konflikt in Mitteldeutschland hat bewiesen, daß der Kapitalismus auf die Phrasen von Tariftreue pfeift, daß die Arbeiter von der Schlichtungspeitsche der Kapitalisten dirigiert werden und daß die „Wirtschaftsdemokratie" lediglich ein Mäntelchen ist, das sich die Gewerkschaftsstrategen umhängen, um ihren völligen Bankrott zu verdecken. Die Kapitalisten bereiteten schon im voraus — im Falle des weiteren Widerstandes der ausgehungerten Lohnsklaven — die Generalaussperrung vor. Sie bereiteten schon im voraus **den offenen politisch Machtkampf vor.** Sie pfeifen auf die „Wirtschaftsdemokratie", sie kennen nur ein Gebot: Profit, Profit, Profit! Vor dieser Mobilmachung der Eisenkönige haben die streikenden Arbeiter **bedingungslos kapituliert.** Und nach der Meinung der Streikleitung wird der gesamten Arbeiterschaft zwangsläufig der Weg gewiesen, um des „Tarifrechtes" wegen weiterhin fortlaufend **bedingungslos zu kapitulieren!** Die Rettung des „Tarifrechts" ist also die Rettung der Peitsche, die die kapitalistische Klasse über die Lohnskaven schwingt. Und es stimmt schon, daß dem Proletariat, wenn es weiter den Gewerkschaften folgt, „zwangsläufig hiermit der Weg gewiesen wird".

Ob das Proletariat diesen Weg weiter und „zwangsläufig" gehen wird, den ihm hier die Gewerkschaften weisen, ist allerdings eine andere Sache. Es wird dies davon abhängen, ob das Proletariat nicht nur verzichten will auf seine historische Mission, sondern ob es überhaupt als Klasse von der politischen Bühne verschwinden will, ob es zurückgeworfen werden will in die schwärzeste Barbarei und lediglich seine Mission darin sieht, ein Heer von Arbeiteraristokraten zu mästen, und im übrigen nur sein will Dünger für die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Diese entscheidende Frage wird durch die zukünftige Entwicklung selbst entschieden werden. Immer wieder und immer von neuem wird das Proletariat vor der Frage des Kampfes um sein nacktes Leben stehen, und immer und immer wieder wird es durch die Schiedssprüche der Wirtschaftsdemokraten in die Gruben, in die Fronstätten gejagt werden, solange, bis es selbst erschauert vor dem zwangsläufigen Weg. Und immer wieder wird die Frage aufgeworfen werden, aufgeworfen vom harten Dasein selbst: Wo ist der Ausweg? Und immer wieder wird das revolutionäre Proletariat antworten: **Im Kampf gegen den Kapitalismus!** Es kann nicht mehr ein Kampf sein gegen ein zersplittertes Unternehmertum, sondern jedem ernsthaften Kampf des Proletariats steht entgegen die gesamte kapitalistische Klasse mit ihrer Justiz, ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, ihrer Polizei und ihrem Staat. Gegen diese Solidarität der kapitalistischen Klasse muß aufmarschieren die solidarische Klasse des Proletariats. Sie muß erkennen, daß die Gewerkschaften diesen Kampf nicht führen können noch wollen, und muß sich die Klassenkampf-Organisation schaffen, die nicht eine Waffe der Kapitalisten gegen die Arbeiter, sondern die die Waffe der Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse ist. Ein entscheidender Schritt vorwärts muß getan werden, um die Voraussetzungen zu schaffen, selbst als denkende Menschen zu handeln und zu kämpfen. Es mag schwer sein, mit dem Alten zu brechen, aber das Alte bricht selbst oder wird zur Geißel für die Arbeiterklasse, die endlich lernen muß, sich selbst und damit eine Ordnung zu überwinden, in der ihr durch die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien das Grab geschaufelt werden soll.

Frankreich auf dem Wege zur Währungsstabilisierung

Wie wir bereits vor Jahresfrist vorausgesagt haben, hat Frankreich die mit der Stabilisierung des Franken verbundene Senkung des Lebensstandards seiner Arbeiterbevölkerung ohne starke innere Erschütterung durchführen können. Drei Gründe waren dafür maßgebend. Einmal ist Frankreich, trotzdem es ständig mehr zu einem Industrieland wird, doch nicht in dem Grade von Außenhandel abhängig wie Deutschland. Dadurch konnte sich der Arbeitsmarkt leichter erholen. Zweitens ist es geglückt, die zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte ohne Störung abzuschieben und drittens sind in Frankreich weder die sozialistische noch die kommunistische Organisation von einem wirklich revolutionären Geist beseelt.

Frankreich hat es schneller als Deutschland zu einer aktiven Handelsbilanz gebracht und der Umstand, daß privates Geld flüssig ist und der Diskonto 2 bis 3 Prozent beträgt, das jetzt auch die Bank von Frankreich den Diskont von 5 auf 4 Prozent ermäßigt hat, wird allgemein als ein Schritt angesehen, den Anschluß an den Geldmarkt zu bekommen, um in absehbarer Zeit die Stabilisierung auf Goldwährung restlos durchzuführen. Heute notiert der Franken 124,042=1 Pfund und der Dollar ist sogar von 25,48 Frank auf 25,39 zurückgegangen. Der Pariser Berichterstatter des Wirtschaftsdienst vom 6. Januar d. J. hält die Lage des französischen Geldmarktes für so günstig, — die Bank von Frankreich verfügt über 46 Milliarden Franks in Gold und Devisen nach heutigem Kurs, d. h. über 70 Prozent Deckung des Notenumlaufs von 56½ Millarden, — daß er die Zurückhaltung mit der Stabilisierung nur als ein Wahlmanöver Poincarés ansieht, um den Block des nationalen Wiederaufbaus zusammenzuhalten. Auch der Direktor der Bank von Frankreich drückt sich in einem Brief an die deutschen Börsenblätter reichlich optimistisch aus, wenn er auch auf die Schwierigkeiten hinweist, die die Kriegsschuldregelung mit dem Ausland noch bietet.

Selbst der vorsichtige „La reforme Economique" schließt seine Betrachtung, indem er dem Export von 4 870 Millionen Franken im November 1927 mit dem vom November 1926 von 5 383 Millionen Franken vergleicht und auf die 343 Millionen, um die der Import gefallen ist, hinweist mit den Worten: „Wir haben die Konkurrenz ausgehalten, unsere Lage ist zufriedenstellend."

Gegenüber den etwas schöngefärbten Schilderungen der Lage von seiten der französischen Wirtschaftspresse sind die Berichte im Wirtschaftsteil der deutschen Zeitungen viel nüchterner und kommen der wirklichen Sachlage bedeutend näher. Ihnen kommt die eigene traurige Erfahrung zugute und ihre Schilderung ist um so glaubwürdiger, als bei ihnen dasselbe Zahlenmaterial wie in den französischen Zeitschriften wiederkehrt. Ein Artikel des „Hamburger Fremdenblattes" vom 5. Januar d. J. sucht unter dem Titel „Finanzpolitik und Währungsstabilisierung in Frankreich" die Frage zu beantworten, ob eine Währungsstabilisierung im Augenblick schon möglich ist. Der Verfasser glaubt dieses aus folgenden Gründen stark bezweifeln zu müssen. Es sei wohl richtig, daß die Bank von Frankreich nach den schon eingangs erwähnten Zahlen ihre Notenausgabe noch um 3½ Milliarde ausdehnen könne, eine, die die Deckungsgrenze nach dem heutigen Gesetz überschritten hätte. Aber diese 3½ Milliarden genügten nicht, „sobald (was zu einer endgültigen Stabilisierung nötig ist) die Notenbank wieder aktive Währungspolitik treiben würde". Z. Zt. nimmt die Bank an der Geldbeschaffung nicht teil.) Es ist aber nicht weniger unbestreitbar, daß von einer endgültigen Reorganisation der Währung nicht die Rede sein kann, solange die Bank von Frankreich nicht die nötige Freiheit zur Regulierung des Marktes gegenüber allen Eventualitäten besitzt. Ferner hält auch dieser Berichterstatter die französische Wirtschaft für gesund genug, daß bei einer dem wirklichen Warenmarkt entsprechenden Ausdehnung des Notenausgaberechts diesem Mangel abgeholfen werden könne und hier wird auch die letzte marxistische Erkenntnis bestätigt: Darüber, daß eine Vermehrung der Geldmenge in Korrespondenz mit einem echten Zahlungsmittel-Bedarf der Wirtschaft unbedenklich ist, sind bis heute Theorie und Praxis einig.

Wenden wir uns jetzt dem Außenhandel Frankreichs im Jahre 1927" zu, wie es in einem Artikel des Berliner Tageblattes vom 4. Februar d. J. geschieht, so werden wir ein einigermasen richtiges Bild an Hand der Dinge gewinnen und schließlich sehen, wohin die Reise geht. Zunächst wird festgestellt: Im vorigen Jahr betrug der Ausfuhr-Ueberschuß Frankreichs 2 173 Millionen Franken gegenüber nur 80 . . . im Jahre 1926. Die Gesamtziffer der Ausfuhr ist wertmäßig um 9,2 Prozent geringer gewesen als im Vorjahre infolge einer Senkung des französischen Preisniveaus um durchschnittlich 12,2 Prozent. Gewichtsmäßig war dagegen eine Zunahme des Exports um 10,8 Prozent zu verzeichnen. Dieser Satz genau gelesen zeigt, daß es mit der Gesundheit der französischen Wirtschaft nicht weit her ist. Dieser Fachmann fährt auch, indem er gemeinsam mit der französischen Presse die Abnahme des Aktivsaldos in den letzten Monaten des Vorjahres

feststellt, fort: Die größere Aktivität des Jahres 1927 ist hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, daß die Liquidation und Ausfuhr der in den Inflationsjahren übermäßig angeschwollener Vorräte ausländischer Ware durch die Absatzkrise erzwungen worden ist, die während des ganzen Jahres auf dem französischen Inlandsmärkten geherrscht hat. Außerdem mußten viele Fabriken ihre laufende Produktion mit mehr oder weniger großen Verlusten nach dem Ausland verschleudern, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können." Um unter diesen Umständen durchzuhalten und das auf dem Inlandsmarkt nicht anlegbare flüssige kurzfristige Geld zu strecken, hat die Regierung zu zwei immerhin etwas unsicheren Experimenten gegriffen. Terminleihgeschäfte nach dem Ausland zu gestatten. Die Bank von Frankreich hat 20 Milliarden dazu verwandt, um die durch diesen Ausverkauf im Ausland befindlichen Devisen aufzukaufen und in Franken zu decken. Aber die Schwäche der französischen Wirtschaft kommt hauptsächlich auch darin zum Ausdruck, daß in ihrem Export der Anteil der hochwertigen Fertigwarenindustrie gegen den gesteigerten Anteil von Halbfabrikaten und Rohmaterial zurückgegangen ist. Umgekehrt zeigt sich ein Rückgang des Imports der Industrierohstoffe. Wenn trotzdem noch eine Zunahme des Imports von Lebensmitteln stattgefunden hat, so ist dieses auf die Mißernte von 1926 zurückzuführen, die durch ausländisches Getreide gedeckt werden konnte. Wichtig ist noch, worauf auch das Berliner Tageblatt hinweist, daß durch die gegensätzliche Konjunktur eine erhebliche Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland auch in Fertigfabrikaten stattgefunden hat. Sie beläuft sich jetzt auf 3,8 Milliarden Franken und die Steigerung beträgt 1,9 Milliarden Franken. Wichtig auch für die Frage nach der zukünftigen Gestaltung der deutschen Konjunktur ist, daß, je mehr England wieder auf den Plan tritt, umgekehrt die Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich in Frage gestellt wird. Doch dieses nur nebenbei.

Ehe wir dazu übergehen, das Thema der Kredite und der Operationen der eigenen Stabilisierung zu Ende zu bringen, muß noch einiges über die Entwicklung der französischen Wirtschaft und ihre Schwierigkeiten gesagt werden, weil erst dies Schlüsse auf die Frage der Arbeiterklasse Frankreichs und zuletzt auf die Arbeiterbewegung zuläßt, was ja das Ziel all unserer Betrachtungen sein muß. In einem Artikel des „La reforme economique", der sich mit der „Lage der mechanischen Industrie in der nationalen (französischen) Wirtschaft", d. h. mit der Industrie metallischer Fertigfabrikate beschäftigt, wendet man sich gegen den Konkurrenten Amerika, den Frankreich als das Land der Luxusindustrie und der schönen Literatur abtun will. Frankreich baut beständig seine Industrie aus. In der mechanischen Industrie sind 850 000 Arbeiter beschäftigt, sie zahlt an Löhnen und Gehältern jährlich 11 Milliarden, verarbeiten 3½ Milliarden Tonnen Eisen. Der Warenumsatz ist 25 bis 30 Milliarden, die Ausfuhr beträgt 8 Milliarden. Es handelt sich hier also um einen der größten Teile der französischen Industrie die durch wissenschaftliche Methoden. — Lehrlinge werden systematisch ausgebildet — die Einfuhr Amerikas an Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen zurückgedrängt hat. Die Metall verarbeitende Industrie verlangt nun nach mäßigen Zöllen gegen das deutsche Dumping und auch wegen der Ungunst der Rohstoffbeschaffung. Es fehlt ihm im Lande hauptsächlich an Koks. Sie stößt hier zusammen mit der Landwirtschaft, über die ein anderer Artikel folgendes Klagelied anstimmt. Die Landwirtschaft muß von der Industrie zu teuer kaufen. Man rechnet 4 bis 5000 Franks Betriebskapital pro Hektar. Davon verschlingt das tote Inventar 15 bis 20 Prozent, d. h. 600 bis 1000 Franks und rechnet man das Werkzeug hinzu sogar 27 bis 30 Prozent. Die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sind nach dem Kriege um 6 Prozent gestiegen. Die Landwirtschaft verlangt daher, daß die Zölle dafür nicht höher gehalten werden, als eine notwendige Einfuhr nicht verhindert wird, da die französische Industrie in Quantität und Qualität nicht ausreicht. Vor dem Kriege wurde mit Herstellung solcher Geräte und Maschinen 18 000 Mann beschäftigt, jetzt sind es 43 000. Gegen Schutzzoll an sich ist die Landwirtschaft nicht. Industrie und Landwirtschaft sind ihrer gegenseitigen Abhängigkeit bewußt und gleich bereit, die Arbeiter zu schröpfen. Aber an einer anderen Stelle wird gezeigt, daß die Lebensmittel seit der Vorkriegszeit nur 10 Prozent im Preise gestiegen sind (auf Goldbasis). Wenn davon 6 Prozent auf die Preise der Industrieartikel entfallen, so ist das immerhin schon erheblich. Wir sehen also auch bei Betrachtung dieser beiden Teile der französischen Wirtschaft einmal die zunehmende Industrialisierung, andererseits dieselben krankhaften Zustände wie überall nach dem Kriege. Alles kämpft um den Abschluß des fremden vom heimischen Markt, alles will seine Ausfuhr steigern. Keiner kann es aus eigener Kraft und drückt auf die Arbeiter als Verbraucher.

Dieses alles wird noch deutlicher, wenn wir zu unserem Ausgangspunkt zurückkehren, zu dem Kampf um die Abzahlung der Schulden und die Herstellung einer stabilen, einer Goldwährung, — und darüber am nächsten Mal mehr.

Politische Rundschau

Die reaktionäre Theorie zur reaktionären Praxis

Die Zentralstreikleitung erließ an die Metallarbeiter Mitteldeutschlands eine Kundgebung, deren Hauptsätze folgendermaßen lauten:

„Wenn wir wieder in die Betriebe hineingehen, so nicht deswegen, weil wir besiegt sind, sondern weil durch die Verbindlichkeitserklärung der Fortführung des Kampfes Einhalt geboten wird. (Weiter lesen!) Wir gehen in die Betriebe, weil wir, über den Tag hinausschauend, wissen, daß bei einer Fortführung des Kampfes trotz des verbindlich erklärten Schiedsspruches das von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten angestrebte und errungene, wenn auch sehr verbesserungsbedürftige Tarifvertragsrecht in Gefahr käme und daher nur den Interessen des gesamten Unternehmertums gedient würde. (Es kommt noch besser!) **Der kämpfenden Kollegenschaft nicht nur allein, sondern der Arbeiterschaft Deutschlands wird zwangsläufig hiermit der Weg gewiesen.** (Ist das nicht eine aussichtsreiche Perspektive?) Nur wenige Wochen oder Monate trennen uns von der **Wahl zum Reichstag.** Wieder hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß in bezug auf das Arbeitsrecht, Tarifrecht und die Schlichtungsordnung wie auf allen anderen Gebieten grundlegende Aenderungen herbeigeführt werden, damit der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft mehr wie bisher Raum gegeben wird.

Zieht die gesamte Arbeiterschaft gerade aus dem Ausgang unserer Bewegung diese Lehre, dann können wir, wenn wir auch einen vollen materiellen Erfolg bei diesem Kampf nicht buchen konnten, mit dem Ergebnis immerhin zufrieden sein. (Welcher Lohn?)

Wenn die Kollegenschaft den Kampf so auswertet, dann wird auch der Gegner erkennen, daß, nachdem Ihr Euch so glänzend geschlagen habt, er Euch zu achten (!!) hat und die Organisation der Arbeiter unüberwindlich ist. Vertraut wie bisher auf Eure Organisation, stärkt sie weiter, schließt die Reihen und dann vorwärts zu neuen Kämpfen und neuen Erfolgen!"

Es gibt eine Naivität, die schon durch ihre Echtheit entwaffnet. Aber Scherz beiseite: Trotzdem wir schon an anderer Stelle diese Weisheit unter die Lupe nahmen, weisen wir darauf hin, daß durch die bei Wahlen „erkämpfte" Koalitionsregierung der verbindlich erklärte Schiedsspruch genau so respektiert werden muß, wie gegenüber der „Bürgerblock"-regierung. Noch mehr: die Arbeiter dürfen dann „ihrer" Regierung keine „Schwierigkeiten" machen, und die Kapitalisten brauchen mit der Aussperrung noch weniger Rücksicht nehmen. Alles in allem: Ein Dokument beispielloser Blödheit, eine ungewöhnlich plumpe Spekulation, die abgemurkste Bewegung noch als Wahlwiese für unbelehrbare Wahlesel auszunützen.

Rechnen sie richtig!

So fragt nämlich die Redaktion des „Andern Deutschland" in der Nr. 7, vom 18. Februar die deutschen Republikaner auf ihre Feststellung, **„daß die Unternehmer damit rechnen, daß sie auch bei einer Linksregierung sich so gut stehen werden wie bisher.**

Sollte nicht jeder halbwegs zurechnungsfähige Proletarier aus den folgenden Darlegungen des „Anderen Deutschland" die unzweideutigste bejahende Antwort geben können?

Nachdem die Gewaltdiktatur der Bourgeoisie in Mitteldeutschland gezeichnet, kommt das „A. D." zu folgender Betrachtung

So kurz vor den Wahlen ein großer Wirtschaftskampf? Sicherlich kommt er den Deutschnationalen ungelegen. Aber gerade daran, daß die Industrie auch auf solche Erwägungen keine Rücksicht mehr nimmt, zeigt sich, wer eigentlich in Deutschland regiert. Die großen Wirtschaftsverbände sind es, die mehr Macht haben, als alle politischen Parteien zusammengenommen. Wir haben nach dem Kriege Regierungen aller Richtungen gehabt, links, rechts, Mitte. Aber die großen Wirtschaftsverbände sind noch immer auf ihre Kosten gekommen. Und so führen sie jetzt ihren großen Wirtschaftskampf, **unbekümmert darum, ob derselbe vielleicht zu einer weiteren Radikalisierung der Wähler, zu einem noch stärkeren Ruck nach links führt."**

Eine so vernichtende Demaskierung des Parlamentarismus, der Demokratie und des Pazifismus, das „Andere Deutschland" hier auch vornimmt, wo bleiben aber — die Konsequenzen? Und darum, weil die Menschen des „anderen Deutschland" trotz der offensichtlich nicht zu verschleiernden Diktatur der Privateigentümer — nicht die Konsequenzen der ideologischen und praktischen Vorbereitungen zur Diktatur des Proletariats als Vorbedingung zur Schaffung eines tatsächlich „anderen Deutschlands" zieht, — darum „rechnen die Unternehmer richtig".

Sollte es für Proletarier wirklich schwer fallen, bei den kommenden Wahlkatzbalgereien die Lehren aus den Darlegungen des pazifistischen „Anderen Deutschland" zu ziehen und die Politik der KAP. als die einzige richtige zu erkennen?

Scheinbar!? —

Ruthenen und Gewerkschaften

Wie die Gewerkschaftsfrage schon für so manche KPD.-Opposition (z. B. die selig entschlafene Korsch-Gruppe) der Prüfstein war, um den sie ängstlich herumging wie die Katze um den heißen Brei, so auch für die Ruthenen. Wir haben bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß die „orthodoxen Marxisten-Leninisten" das wichtige Gewerkschaftsproblem in ihrer „Fahne des Kommunismus" überhaupt nicht anschneiden, geschweige denn rücksichtslos aufrollen. Die Ruthenen sind bis heute eben so „orthodox-marxistisch", daß sie die „freien" Gewerkschaften als ein Blümchen Rühr-mich-nicht-an betrachten. Und diese konsequente Inkonsequenz in einer Situation, wo (wie besonders im letzten Jahre) der gewerkschaftliche Bankrott an allen Ecken und Enden sichtbar ist.

Aber auch den Maslow-Urbahns-Ruth Fischer nützt es absolut nichts, gegenüber der Gewerkschaftsfrage den Kopf wie der Vogel Strauß in den Sand zu stecken. Die „Orthodoxen" mögen noch so hübsch artig sein und schweigen, wenn die Gewerkschaftsschalmeien der Brandler-Herkert spielen, — die wirklichen Verhältnisse reden doch laut und eindringlich ihre eigene Sprache. Die klassenkampf-erdrosselnden Taten der Gewerkschaftsbürokratie häufen sich so schnell, daß sie die „Rote Fahne" täglich anprangern muß. Die Folgen der Gewerkschaftspolitik sind nachgerade so katastrophal, daß bei jedem gewerkschaftlich sanktionierten Streik der schmähliche Zusammenbruch so sicher ist wie das Amen in der Kirche. Die widerstandslose Unterwerfung der Gewerkschaften im Stahlkonflikt, die zynische Abwürgung der Berliner Werkzeugmacherbewegung, die schlichtungsgesetzliche Zermürbung der mitteldeutschen Metallarbeiter vom ersten Streiktage an: — all diese jüngsten Vorgänge sind jeder ein drastischer Beweis für die Ohnmacht der „freien" Gewerkschaften. Und dieser verschärfte Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der den letzten Schleier vom wirtschaftlichen Gesicht der Gewerkschaften herunterreißt, löst auch den Ruthenen wohl oder übel die Zunge.

Natürlich treten die „Orthodoxen" nun nicht etwa vor das Proletariat, um zum organisatorischen Bruch mit den Gewerkschaften aufzufordern. So ganz ist ihre alte Liebe zu den gewerkschaftlichen Großmüttern der Arbeiterschaft doch noch nicht erloschen. Aber die Ruthenen wissen bereits so viel, daß die alt und grau gewordenen Berufsverbände nicht mehr für die großen Strapazen des heutigen Klassenkampfes in Frage kommen. Es ist immerhin teelöffelweise verabreichte Wahrheit, wenn die „Fahne des Kommunismus" (Nr. 7) anläßlich der drohenden Metallarbeiter-Generalaussperrung dem Proletariat erklären mußte:

> „Ein solcher Kampf kann nicht geführt werden unter der Leitung der faulen, korrupten Gewerkschaftsbonzen, deren ganzes Trachten gerade jetzt danach steht, in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien zu gehen. **Eigene Streikleitungen der Arbeiter in jedem Metallbetrieb, örtlich, bezirklich und zentral über das Reich hin müssen gebildet werden.**"

Kein Arbeiter der Ruthenengruppe wird wohl bestreiten wollen, daß sein Berliner Organ hier klipp und klar die konterrevolutionäre Politik der Gewerkschaften bescheinigt. Denn der Ruf nach besonderen Streikleitungen für den Kampf gegen die Metallkönige ist kompletter Unsinn, wenn noch die Garantie besteht, daß die gewerkschaftlichen Organe diesen Kampf im Interesse des Proletariats führen können. Indem die Ruthenenzeitung diese Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften ausdrücklich verneint (durch Forderung „eigene Streikleitungen"), bejaht sie auch gleichzeitig, daß die gewerkschaftlichen Organisationen kein Instrument für den modernen proletarischen Klassenkampf mehr sind. Damit bejaht die Ruthenengruppe unausgesprochen ebenso, daß die „Revolutionierung" der reformistischen Gewerkschaften eine Unmöglichkeit ist, — denn sonst müßte sie ja keine besonderen Streikleitungen fordern, sondern wie die Heckert-Brandler rufen: „Der ADGB. muß."

So radikal aber die Stellung der Ruthenen neben der Gewerkschaftstreue der offiziellen KPD. erscheint, so ist sie doch so wiederspruchsvoll, daß die für die tägliche Klassenkampfpraxis des Proletariats dennoch wertlos bleiben muß. Denn die „Orthodoxen" schlagen lediglich eine organisatorische Maßnahme für die Dauer eines Kampfes vor, — sie sagen aber dem Proletariat nicht, um welches konkrete Ziel der Kampf gehen soll und wie schließlich die revolutionären Erfahrungen eines Kampfes praktisch verankert werden sollen. Die Ruthenen sagen den Arbeitern nicht, daß heute der Klassenkampf vorwärtsgetrieben werden muß zum Machtkampf um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, wenn er nicht in der Sackgasse reformistischer Illusionen sich totlaufen soll, daß hier die politische Scheidelinie zwischen gewerkschaftlicher Tarifbewegung und revolutionärem Klassenkampf liegt. Die in solcher Unkenntnis über die modernen Kampfaufgaben des Proletariats gelassenen „eigenen Streikleitungen" der Ruthenen müssen deshalb trotz Ausschaltung der Gewerkschaftsbonzen vor der Situation so hilflos stehen wie die Kuh vor'm neuen Tor, weil ihnen eben der revolutionäre Kompaß fehlt. — Und wie sollen zum Beispiel jetzt die Metallarbeiter die Lehren des versackten mitteldeutschen Streiks verwerten? Die Ruthenengruppe spricht trotz ihres vernichtenden Urteils über die Gewerkschaften nicht aus, daß die Erfahrungen mit der untauglichen Gewerkschaftstaktik politisch und organisatorisch nur verankert werden können, indem das Proletariat die verbürgerlichten Gewerkschaften zertrümmert und seine Klassenkräfte in revolutionären Kampfesformationen zusammenschweißt. Die „orthodoxen" Leninisten sprechen nicht aus daß die Organisierung und Durchführung künftiger Massenkämpfe gegen die Kapitalklasse gerade in hohem Maße davon abhängt, daß sich die Proletarier jetzt in der Schaffung revolutionärer Kaders die organisatorische Rüstung dafür schmieden. Denn nur wenn die Arbeiterschaft eine Organisation, einen Träger der revolutionären Massenaktion besitzt, werden die Streikleitungen auch wirklich die notwendige Schlagkraft und Aktionsfähigkeit verkörpern.

Die Ruthenenführer setzen also noch immer das frivole Spiel der doppelten Buchführung fort, indem sie auf die Gewerkschaftsfrage auch heute keine revolutionäre Antwort geben. Die Proletarier der Ruthenengruppe müssen aber nach dem Anschauungsunterricht des Metallarbeiterstreiks sich dessen bewußt werden, daß es in der Gewerkschaftsfrage nur noch ein Für oder Wider geben kann. Es hilft kein Mundspitzen mehr — es muß gepfiffen werden!

König Amanullah

„Seine Majestät" hat den aufgespeicherten Stumpfsinn speicheldurstiger Untertanenseelen zum Ueberkochen gebracht. Wir wollen nicht aufzählen, wo er überall war, wir konstatieren nur, daß so ein Stück alter Herrlichkeit gerade gefehlt hat, um den verhinderten Mordspatrioten von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten Tränen der Rührung über das alkoholgedusene Gesicht zu zaubern. Die ganze Presse der Bourgeoisie kreischt wie eine alte Jungfer anläßlich eines anzüglichen Scherzes auf. Ein Zeichen dafür — Hergt hat gleich eine außenpolitische Rede alten kaiserlichen Formats gehalten — wie die Bourgeoisie aus jeder Blüte Honig zu saugen und Schritt für Schritt das Proletariat hineinzuführen sucht in die „gute alte Zeit", die mit Kanonen und Giftgasen auf dem Marsche ist.

Die „Rote Fahne" macht sich nur lustig über einige „Genossen" von der schwarz-rot-goldenen Konkurrenz, die an den offiziellen Empfängen des afghanischen Staatsoberhauptes teilgenommen haben. Sie vergißt dabei, so schallt es von der Lindenstraße zurück, daß die **Russische Botschaft** in Berlin zu Ehren des Königs Amanullah die **Sowjetfahne** gehißt, daß der russische Botschafter **Krestinski**, das Mitglied der Dritten Internationale, mit seiner Frau **am Empfangsabend teilgenommen** haben und heute an der **Galaoper** teilnehmen werden. Sie vergißt ferner, daß der Afghanenkönig **in einigen Wochen in Moskau eintreffen** wird und dort von Stalin und Kalinin mit den gleichen Ehren empfangen werden soll. Er wird eine **Ehrenkompagnie der Roten Armee abschreiten**, genau wie in Paris und Berlin. Und da soeben die Führer der russischen Kommunistischen Partei aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Roten Armee mit dem Roten Bannerorden dekoriert worden sind, ist Gewähr dafür geboten, daß auch die roten Revolutionäre in Moskau Herrn Amanullah mit königlichen Ehren empfangen werden.

Es ist eben ein rechter Jammer, wenn man gerne mit Steinen werfen möchte, aber selbst im Glashause sitzt. Die „Verteidigung der Sowjetunion" bringt es eben so mit sich, daß man sich selbst an den Mordpatrioten der SPD. nicht mehr reiben darf, wenn man sich nicht unsterblich blamieren will. Das Proletariat aber muß dessen ungeachtet die Frage stellen: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!

Frau Lunatscharski

ist nun selbst der „Roten Fahne" auf die Nerven gefallen. Dauernd liefert sie den Reformisten Stoff für die „Verleumdung der Sowjetunion". Und so legt sie ganz hemmungslos in ihrer Nummer von 21. Februar los:

„Die „Sensation" flackerte in Genf auf, als der schmierige „Vorwärts"-Schiff das Perlenkollier und den Pelzmantel entdeckte. Ein Dementi blies ins Feuerchen. Dann wurde es still, bis Frau Lunatscharski selbst von sich reden machte. Sie dreht in Berlin einen Film, gibt ebenso dumme wie ambitiöse Interviews über „Potemkin" — das Sensationsfeuer wird von neuem entfacht. Mann kann der Revolverjournalistik ihr Vergnügen lassen. Das Barmat-Gesindel, deren Frauen und Töchter mit den Jazzgirls des Berliner Asphalts in Eleganz und Perversität konkurrieren, als Sittenrichter, das ist ein Sujet für Daumier."

Aber — das hindert die Fahnenschreiber nicht, folgenden proletarischen Standpunkt einzunehmen:

„Aber die Taktlosigkeit der Frau des Volkskommissars und Parteigenossen Lunatscharski, die der Sensationspresse Stoff liefert, ist eine Angelegenheit, die wir einmal annageln müssen. (Hat der Mensch Worte!) Wir kümmern uns den Teufel darum, wer die Frau des Genossen Lunatscharski ist und was sie treibt. Aber Frau Spinelli, die wir nicht kennen und die uns nicht interessiert, besitzt die Geschmacklosigkeit, anstatt sich damit zu begnügen, daß ihre vielgenannten Ballkleider aus Goldlammée sind, darüber in der Oeffentlichkeit einen Lunatscharski-Mantel zu tragen. Die deutschen revolutionären Arbeiter verbitten es sich auf das entschiedenste, daß man ihren schweren Kampf gegen die Feinde und Verleumder der Sowjetunion, zu deren Vertretern Genosse Lunatscharski und sein guter revolutionärer Name gehört, durch private Launen der Frau Spinelli erschwert."

Das ist sehr schön und nett. Darf man jedoch fragen, wer angesichts der staatlich festgesetzten unglaublich niederen Gehälter selbst der russischen Regierer (Die „Arbeiterdelegationen" werden uns doch nicht belogen haben?) Frau Spinelli, wie hier bissig vermerkt wird, das Geld für den Luxus herbekommt? Wo doch die Bourgeoisie angeblich enteignet ist? (Man stellte dies anläßlich des Selbstmordes von Joffe, der sich noch nicht mal mehr Arzneien kaufen konnte und elend krepierte infolge dessen daß man ihm alles wegnahm, prahlend fest!) Wir glauben, daß die Wut der Bönzlein weniger die Ansprüche der russischen „Schönheit" sind, (die Herrschaften sind selbst auch nicht bescheiden) als vielmehr die peinliche Tatsache, daß dadurch den Arbeitern Gedanken kommen könnten über den „Arbeiterstaat" überhaupt.

Industriespionage

Die Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus.

Seit mehreren Tagen findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in Düsseldorf ein Gerichtsprozeß statt, in dem der Staatsanwalt im Interesse des deutschen Chemie-Trust (I. G. Farbenindustrie A.-G.) der Ankläger, und die Trustfirmen Casella u. Co., Kalle u. Co., Dr. Gröber und der Trust selbst Nebenkläger sind. Angeklagt sind ein halbes Dutzend Chemiker, von denen einer verhaftet ist. Es sind 13 Sachverständige und 31 Zeugen geladen.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie Fabrikationsgeheimnisse in die Oeffentlichkeit gebracht haben. Auf Antrag der Nebenkläger beschließt das Gericht den Ausschluß der Oeffentlichkeit, da durch öffentliche Tagung Fabrikationsgeheimnisse in die Oeffentlichkeit kämen und der Spionageabwehrapparat bekannt und so seine Wirksamkeit verlieren würde.

Die Angeklagten sind durchweg Akadmiker, chemische Doktoren, also Staatsstützen, kapitalistische Vertrauensmänner und hochbezahlte Sklaventreiber, die entweder der Demokratie oder dem Faschismus nahestehen. Der Prozeß selbst, mehr aber noch die Notwendigkeit eines komplizierten und teueren Spionageabwehrapparates wirft wahrhaftig ein richtiges Licht auf die Moral der Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft, deren Solidarität ihrer Klasse gegenüber sofort vor ihrer Geldgier halt macht.

Der Prozeß — und das ist das Prinzipielle hierbei — wirft aber auch ein Blitzlicht auf die Fortschrittfeindlichkeit des Kapitalismus. In einer kommunistischen Gesellschaftsordnung wäre es selbstverständlich, daß jede Erfindung, jeder chemische, technische oder fabrikatoische Fortschritt sofort bekanntgemacht und für weiteste Verbreitung Sorge getragen würde, damit recht viele Menschen, ja, die Menschheit überhaupt, so schnell als möglich Vorteile daraus ziehen könnte. Der Kapitalismus aber verschließt die Fortschrittsmöglichkeit fein säuberlich in Stahlpanzer und baut einen kostspieligen Spionageabwehrapparat darum. Und der Staat und seine Justiz gehen jedem an den Kragen, der nicht reinen Mund hält von den Erfindungen.

Die bürgerliche Gesellschaft ist so morsch und faul, so unmoralisch und kulturfeindlich, daß ihre Beseitigung eine zwingende Notwendigkeit ist.

König Petroleum

III.

Als dritte der Weltpetroleummächte kommt in Frage die Anglo Persian Oil Co., die mit der Shell Co. durch Kapital verbunden ist und deren Machtquelle in Asien, auf dem Gebiete des vor einem Jahre so vielgenannten Mossul im nördlichen Mesopotamien liegen. Das Gebiet wurde bekanntlich der Türkei durch einen Spruch des sogenannten Völkerbundes abgenommen, zu einem selbständigen Scheinkönigreich Irak gestempelt und England zugesprochen. Daß dieser Oelquellen wegen kein Krieg, kein neuer Weltkrieg entbrannte, hatte seine Ursache ausschließlich in dem Umstande, daß die Türkei schwach und verblutet am Boden lag und sich nicht wehren konnte gegen den Raub und die anderen ölgierigen imperialistischen Partner aus dem Weltkrieg die Lehre gezogen haben, daß heute jeder, auch der siegreichste Krieg mehr kostet als er einbringt, ganz abgesehen davon, daß heute hinter jedem größeren Kriege die Hydra der proletarischen Revolution lauert.

Im Mossulgebiet sind nun umfangreiche, und ergiebige Quellen erbohrt und mit diesem billigen Petroleum unternahm die Shell, resp. ihre Schwester, die Anglo Persian den Preiskampf gegen die Standard Oil in Asien und Europa. Die Standard wieder setzte auf den einen Schelm deren anderthalbe, gab Rußland Geld, kaufte große Mengen russisches Petroleum und erschien überall dort mit ihm auf dem Markt, wo die Shell Mossulöl verkaufte. Die durch den Preiskampf im Preise gedrückten Benzine und Schmieröle haben die Lebenslage des Proletariats nicht beeinflußt, wohl aber hat der Einsatz des mit Kulilöhnen gewonnenen Mossulöls die russischen Arbeiterlöhne gedrückt und das amerikanische Oelkapital, daß billiges russischers Oel in Europa, Asien und Afrika verkaufte, hat durch Produktionseinschränkungen in Amerika die Löhne der amerikanischen Oelsklaven gedrückt. Wie immer, spielt sich auch der Konkurrenzkampf der Oelkönige auf dem Rücken der Arbeiterklasse ab.

Bei rückläufiger Konjunktur wird das Oelkapital die hohe Politik der imperialistischen Staaten und die direkte Lebenshaltung des Proletariats noch mehr beeinflussen als bisher. Abgesehen von kleineren Vorkommen befinden sich die Hauptpetroleumlager in Rußland, am Kaspischen Meer (Baku), Rumänien, den Vereinigten Staaten, Mexiko, Persien, Niederländisch-Indien und in der nördlichen Hälfte von Südamerika. Die amerikanischen Interessen, im Standard Oil zentralisiert, haben ihre Produktionsstätten in Amerika und in Mexiko und sind durch Kapital in Niederländisch-Indien und, wie schon erwähnt, neuerdings auch in Rußland beteiligt. Die englisch-holländischen Interessengebiete sind Niederländisch-Indien, Mexiko, Persien, Venezuela und Kolumbien, Kapitalbeteiligungen in Rumänien und an anderen kleineren Erdölvorkommen. „Fast unerschlossen sind bisher noch die großen Erdöllager des nördlichen Mesopotamien — das Gebiet um Mossul —, weite Strecken in Mexiko und die größten Erdöllager in Venezuela, Columbien und Ecuador.

In den bisher erschlossenen großen Oelfeldern ist, obwohl die Produktion von wenigen Großunternehmungen beherrscht wird, bei sinkenden Preisen und Rückgang des Konsums eine Ueberproduktion eingetreten. Diese Ueberproduktion ist für die drei großen Konzerne — Standard Oil, Shell und den mit ihm verbündeten Anglo Persian — so kritisch geworden, daß eine der größten Finanztransaktionen der Londoner Börse nur auf dem Gedanken aufgebaut war, die Produktion zu beschränken und den Wettbewerb abzuschwächen. Der berühmte englische Spekulant James White, der sich vor einigen Monaten wegen verfehlter Börsenspekulationen erschoß, versuchte nämlich gegen allzu starke Widerstände das Aktienkapital der British Controlled Oilfields, die die meisten Bohrrechte in Südamerika besitzt, aufzukaufen. Er verfolgte den Plan, dieses Aktienpaket gleichzeitig den oben genannten drei großen Konzernen anzubieten, in der Hoffnung, sie würden sich gegenseitig überbieten, um durch den Besitz dieser Aktien in der Lage zu sein, die Erschließung neuer großer Oelquellen, die den Preis weiter drücken würden, verhindern zu können. Die Spekulation ist an börsentechnischen Momenten gescheitert, aber sie kann jeden Augenblick wiederholt werden, seitdem die neuen Oelfelder im Gebiet von Mossul erbohrt worden sind und damit ein neuer wichtiger Erdölproduzent auf dem Markt erscheint. Die milliardenstarke Standard Oil Co. muß für die Zukunft notwendig gegen die Shell Co. ins Hintertreffen geraten. Die Erdölvorkommen in den Vereinigten Staaten selbst gehen ihrer Erschöpfung entgegen und Kapitale von mehreren Milliarden Dollar drohen zu entwerten. Das ist doppelter Grund für die Standard sich außerhalb um die Verzinsung ihrer Kapitalien umzusehen. Wie wir in voriger Nummer schon gesehen haben, versucht sie ihr Schwergewicht nach Südamerika zu verlegen, wo sie auf die starken englischen Kapitale und auf den Nationalismus der Südländer stößt. In Europa setzt die das billige russische Oel, d. h. die Knochen der russischen Proletarier ein. Dagegen muß sich das englische Petroleumkapital wehren und zieht dafür den mesopotamischen Sklaven das Fell über die Ohren.

In den Interessenkämpfen zwischen amerikanischen und englischem Petroleumkapital schiebt sich das russische Petroleum, daß in immer stärkerem Maße auf den europäischen Märkten als selbständiger Wirtschaftsfaktor auftritt. Mit seinen niedrigen Arbeiterlöhnen einerseits und mit seinem amerikanischen Kapital in den Produktionsgebieten kann es heute mehr wagen, ohne als „bolschewistische Flut" verschrien zu

Die Kohlengräber von Colorado

Der Streik der Kohlenarbeiter in Coloroda dauert, ungeachtet aller Meldungen der bürgerlichen Presse, trotz alles Terrors gegen die streikenden Kohlengräber, fort, wie nachstehender Artikel zeigt.

Wohl als eine der stärksten Stützen der kapitalistischen Gesellschaft ist die bürgerliche Tagespresse zu nennen. Von ganz besonderer Qualität aber ist die Brass Check Presse von Amerika. Die kapitalistische Klasse hält Kirche, Schule und Presse in ihrer Hand; Lehrer und Prediger werden bezahlt, um die Gemüter zu verwirren, Körper und Geist von frühester Jugend an in Ketten zu schlagen. Das kapitalistische System besitzt einen raffiniert erdachten Mechanismus, seine Institutionen der Unterdrückung sind gut verborgen und dort fest gesichert durch Gewalttätigkeiten, Bajonette und Kugeln. Doch die Kraft der Waffen allein genügt nicht, der Herrenklasse die Macht zu erhalten, es müssen List und Betrug verwandt werden, und hier ist es, wo das feine Werk des Klerus, der Justiz und der Presse einsetzt. Diese „Stützen der Gesellschaft" sind die treuesten und verläßlichsten Lakaien. Ihre Arbeit wird ergänzt von der Arbeiter-Aristokratie, den gutgenährten und gutbezahlten Arbeiterführern.

Der gegenwärtige Streik der Kohlengräber von Colorado veranschaulicht aufs wunderbarste die Wahrheiten, die schon Jack London vor mehr als zwanzig Jahren aufgezeigt hat. Man erinnert sich der „Eisernen Ferse", deren Autor, sein enormes Wissen um den Gang der Weltrevolution in ihr zeigend, der beste kommunistische Theoretiker des Amerikas der letzten 50 Jahre war. Jack London, unser einziger revolutionärer Schriftsteller, eilte den Arbeitern auf ihrem Marsch zur Freiheit voraus. Er schilderte drei Jahrhunderte, nicht in friedvoller Evolution zur neuen Gesellschaft, sondern Jahrhunderte des schärfsten Klassenkampfes mit wechselnden Siegen und Niederlagen. In zwei Lager getrennt, hier die große, ausgenutzte Masse, dort die Arbeiter-Aristokratie; so zu langen Niederlagen bestimmt, werden Rebellionen und Streiks durch die gut organisierte eiserne Ferse des Weltkapitalismus im Blute der Kämpfer erstickt. Die Formen des amerikanischen Klassenkampfes beweisen Jack Londons Weitsichtigkeit und auch das Massaker der Coloradoer Minenbesitzer vom 21. November 1927 ist in der „Eisernen Ferse" bereits vorausgesehen. Die Schlächterei auf der Zeche „Columbine" ist nur eine aus der Serie, die eine Periode von 33 Jahren durchläuft.

Langsam aber sicher hat die gut organisierte Oligarchie der Arbeit ins Antlitz geschlagen. In der Sprache der Verteidiger des Kapitalismus sagt Jack London:

„Wir wollen Euch Revolutionäre unter unserer Ferse zertreten, und wir werden über Euer Antlitz schreiten. Die Welt ist unser, wir sind ihre Herren und unser soll sie bleiben. Die große Masse der Arbeiter hat im Schmutz gelegen seit Anbeginn der Geschichte und im Schmutz soll sie bleiben, solange ich und die Meinen und die, welche nach uns kommen, die Macht haben."

Genau so sprach die „Eiserne Ferse" von Colorado 1927. So sprach sie 1894, als die Cripple Creek Miners versuchten, die Fesseln der Lohnsklaverei zu brechen. Dieser Streik zeigte dem Proletariat Amerikas zum ersten Mal die ganze Brutalität und Verkommenheit der Söldner der Oligarchie: der Spitzel, Idioten und Mörder, aus dem Abschaum der Städte geholt und von ehrbaren Bürgern für ihr schmutziges Handwerk herangezogen.

Zehn Jahre später fand zu Telluride, einer reichen Gold- und Silbermine, ein anderer blutiger Konflikt statt. Spitzel und Söldner der Oligarchie spielten die Hauptrollen in dem Arbeiterdrama. Ein Zug wurde zur Entgleisung gebracht, ein Depot zerstört, Minen gesprengt, Gebäude und Einrichtungen des „Victor Record", einem Arbeiterblatt, wurden vernichtet. Sympathisierende Bürger kamen in die schwarzen Listen und manche wurden ausgewiesen. Es herrschte die Hölle; die „Eiserne Ferse" vervollkommnete ihre Maschinerie, industriell und politisch. Die Schuld an allen Gewalttätigkeiten schob man den Arbeitern zu, und die „Brass Check Presse" goß in jener Periode wie auch jetzt ihr ganzes Gift über die streikenden Rebellen. Denkt nicht, die Miner von Cripple Creek, Victor und Telluride wären liebe Kinder aus der Sonntagsschule gewesen, nein, verdammt noch mal, sie hatten Waffen und kämpften wie Männer und hatten Vertrauen zu ihrer Organisation. Doch die Chancen waren gegen sie. Der Staat, damals wie heute, war ein Werkzeug in den Händen der großen Union der Minenbesitzer.

Eine einzige Ausnahme machte der Governor Waight, ein verdrehter, alter Kerl, eher menschlich gesinnt und mit Gefühl und Verstand fürs Recht eintretend. Er gab den Arbeitern Waffen zur Verteidigung; doch wurde seiner anständigen Handhabung bald ein Ende gesetzt. Das gab's aber nur einmal; seitdem sind die republikanischen wie demokratischen Governore mitsamt ihrem Anhang auch in Colorado treue und ergebene Diener der Eisernen Ferse.

Ludlow war eine Zeltlager-Kolonie, organisiert bei der „Union Mine Workers of Amerika"; deren Ziel war, mehrere hundert Minerfamilien, die in baufälligen Baracken (ironisch Häuser genannt) auf Rockefellerschem Boden, einem Teil der Eisernen Ferse von Colorado, lebten, vor der Vertreibung durch die Bluthunde der Gesellschaft und der Militärkamarilla zu schützen. Wir verbrachten 1913 einen Tag in der Kolonie und teilten mit den Streikern das Brot. Das waren derbe, hartschaffende Jungens, viele von ihnen hatten im Balkankrieg 1910—12 schießen gelernt. Die bezahlten Bluthunde versuchten sie zu terrorisieren, doch manch einer von ihnen mußte in den ersten Monaten ins Gras beißen. Gewalttätigkeiten wurden mit Gewalttätigkeiten erwidert. Die Zeltkolonie von Ludlow war auf einer einsamen Ebene, umgeben von schneebedeckten Bergen, aufgeschlagen. Eine herrliche Zielscheibe für die Ritter vom Maschinengewehr. Dann, im Namen Gottes, der Demokratie und Oligarchie wurde die Stadt Canvas unter Feuer genommen. Mütter und Kinder mußten in Erdlöcher versteckt werden, um sie vor dem Kugelregen zu schützen. Einem Jungen, der seine Schwester retten wollte, wurde der Kopf abgerissen. Männer verbrannten zu Tode. Die ganze Kolonie wurde vom Feuer vernichtet. Alles was blieb, waren die Ueberreste verkohlter Menschen und die Erinnerung an diese Tragödie. Zum Andenken an diese blutige „Heldentat", wurde auf Ludlows einsamer Ebene ein Denkmal errichtet. Später wurden dann „Compagnie-Unions" (gelbe) von der „Colorado Brennstoff und Eisen Co." gegründet, so daß von der Zeit an Herren und Sklaven „vereint" und „zufrieden" leben können. Eine Kapelle wurde gebaut (ein Geschenk von John D. Rockefeller), um den Arbeitern das Glück nach dem Tode zu versprechen. Es war immer so: der, der die Meinungen hielt, hielt auch die Körper. Die Ausbeuterklasse, bemüht, ihre Herrschaft zu halten, benötigt den Dienst zweier Gefolgsmänner, die Soldateska und die Geistlichkeit, die einen zum Vernichten, die anderen zum Trösten. Das ist die Sprache der Coloradoer Oligarchie: „Wir werden Euch Miner unter unseren Füßen zertreten, und wir werden über Eure Gesichter schreiten." Arbeiter! Was wollt ihr dagegen tun? Oder besser, was ist geschehen bis jetzt? So gut wie nichts!

Columbine oder „Bloody Lane" (Blutspur) war der Schauplatz des letzten Massakers an Coloradoer Minenarbeiter. Am 21. November 1927 wurden 6 Miner getötet und ungefähr 40 schwer verletzt, als 500 Mann einen Weg passierten, der zur Zeche „Columbine" führte. Dieser Weg wurde von der „Denver Post" bezeichnend „Bloody Lane" getauft, wegen der langen Blutspur, die die flüchtenden Bergleute zurückließen. „Bloody Lane" wird seinen Platz haben neben dem Blut-Sonntag von 1905, als die Kosaken des Zaren auf hilflose russische Arbeiter und Bauern, Frauen und Kinder schossen. Sie hatten um Brot gefragt und Kugeln waren die Antwort. Die Mörder von 1905 erhielten ihren Lohn später, doch — das ist eine längere Geschichte. Es gibt noch mehr interessante Tatsachen in bezug auf das „Bloody Lane"-Massaker zu berichten. Zugleich mit Adjutant-General Paul P. Newton von der Coloradoer National-Garde erschien Thomas Annear, Staats-Industrie-Kommissar und Präsident der demokratischen Partei, sowie Sterling B. Lacy, Staats-Budget-Kommissar. Diese drei Berater des Governor Adam befanden sich bei Tagesanbruch — Montag, den 21. November, morgens 6,30 Uhr — am Eingang zur Zeche Columbine. Wie es kam, daß gerade diese drei und zu der Zeit dort waren, ist eine offene Frage.

In seinem Bericht an den Governor um 8,30 Uhr sagt Scherf, Polizeichef, in einer ach so christlich-menschlichen Manier: „Ich sagte den Streikern immer und immer wieder, sie sollten ihren Marsch abbrechen, — — ich schoß nicht in böswilliger Art auf sie, — — ich unterhandelte durchaus höflich mit ihnen, — — die Schutzmannschaft schoß erst, als die Streiker angriffen, es war einfach ein Akt der Selbsterhaltung. Mit 45 Kaliberpistolen feuerte die Polizei in die ihr gegenüberstehende Masse der Streiker. Maschinengewehre waren an der Mine postiert, doch Augenzeugen beweisen, daß sie nicht verwundet wurden." (Die Arbeiter behaupten das Gegenteil.)

Thomas Annear, Staats-Industrie-Kommissar und Führer der demokratischen Partei, sagte: Polizeichef Louis B. Scherf habe die goldene Tapferkeitsmedaille verdient. Ganz gewiß! Wir hoffen sogar, daß man sie mit den schwarzen Diamanten aus der Zeche Columbine, den Zeugen der Tragödie, besetzen wird. Solch ein Engel von Sanftmut und Reinheit wie Scherf ist nun wohl für gewisse Arbeiten vorgemerkt; die Oligarchie kennt ihre Leute.

Die Aussagen der vor dem Feuer der Polizei geflohenen Miner klingen entschieden anders. 500 Miner, einschließlich Frauen und Kinder, näherten sich der Zeche Columbine, um die dort noch arbeitenden Bergleute zur Beteiligung am Streik aufzufordern. Sie waren unbewaffnet. Man sagt nun, daß einige der Frauen Steine nach den Soldaten warfen und ein junger Bursche ein Taschenmesser sehen ließ. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung beweist die Tatsache, daß den Streikern vierzig, bis zu den Zähnen bewaffnete Männer gegenüberstanden. Maschinengewehre waren in Bereitschaft; in der Luft kreuzte ein Aeroplan, zum Bombenabwurf fertig. Zu alledem zeigten die Arbeiterschlächter unverhohlen, daß sie im Besitz von genügend Gas- und Tränenbomben waren. Von Adam Bell, einem führenden IWW.-Mitglied, wird berichtet, daß er geschrien habe: „Kommt her und holt Euch, was ihr braucht." Einer der Weißgardisten schmetterte Adam Bell mit einem Hieb seines Totschlägers zu Boden. Seinen Ausruf aber gab die Mörderbande als Ursache des Gemetzels an. Schuß auf Schuß wurde in die zurückweichende Menge gefeuert. — Wieder lag das Proletariat am Boden, unter den Füßen der Eisernen Ferse. Wieder schritt sie über sein Antlitz.

Ein paar Tatsachen verdienen noch vermerkt zu werden. Am 15. oder 16. November waren bereits alle Führer der „IWW." verhaftet und saßen hinter Gefängnisgittern. Am 20. Nov. hatten die Streiker ein großes Meeting in Lafayette abgehalten. Adam Bell war Vorsitzender gewesen. Es hatten Meinungsverschiedenheiten geherrscht betreffs der Aufstellung von Streikposten an der Zeche Columbine am nächsten Morgen. „Alle, die für Streikposten sind, erheben die Hände", forderte Adam Bell auf. Die Mehrheit war dafür. Bell gab eigentlich widerstrebend seine Einwilligung zur Führung. Aber er führte doch und verlor sogar fast seinen Kopf dabei. Er ist nun ein Gefangener und der Anstiftung zum Morde beschuldigt. Governor Adam wälzte zuerst alle Schuld an der Schießerei auf ihn, später nannten sie die „IWW." als Organisation, als den Anstifter, um den gefangenen IWW.-Führern den Prozeß machen zu können. Die Strafe aber, die man IWW.-Männern zumißt, werdet ihr bald kennen lernen.

Ich persönlich halte die Schießerei für eine von Spitzeln eingeleitete, bewußte Provokation der Bourgeoisie. Die Spitzel kannten den Verlauf des Meetings in Lafayette und benachrichtigten den Governor von Denver, so daß dieser seine Leute am andern Morgen für den Aderlaß fertig halten konnte. Wir zitieren die Denver Presse: „Die 500 IWW.-Streikposten erschienen an der Zeche Columbine — das einzige Nord-Coloradoer Besitztum, das trotz Streik noch in Betrieb war — Montag Morgen vor Tagesanbruch. Verärgert durch wiederholte Fehlschläge, die Mine zu schließen, planten die Streiker etwas zu beginnen. Polizeichef Scherf hatte etwa 20 Mann Konstabler Offiziere an der Mine. Sheriff Ben Robinson von Weld County und fünf Deputierte. Colonel Newton mit den Leutenants William White, Davolt, Royal, Arnbrecht und Major Govan. Präsident Annear von der Industrie-Kommission und Lacy, der Governors Berichterstatter, waren ebenfalls dort." — — — —

Sämtliche Organisatoren und Führer der IWW. in Colorado sind bekannt dafür, während des Streiks aufs energischste Gewalttätigkeiten entgegengetreten zu sein. Immer und immer wieder versicherten sie den Streikern, daß Gewalt zwecklos sei; denn die Feinde erwiesen sich als zu stark, zu gut organisiert für die „Wobblies". Die führende Obligarchie von Amerika schickte Sacco und Vanzetti in den Tod, und sie wird nicht zögern, noch einige Dutzend rebellische Miner zu vernichten.

Was beabsichtigen die Arbeiter von Amerika zu tun? Das Ereignis vom 21. November sollte doch gewiß manchen zum Denken bringen. Der Eisernen Ferse kann nicht erlaubt sein, immer weiter Arbeiter zu töten. Fordert diese Brut endlich heraus! Hier sofort!

(Aus „The Proletarian", Monatsschrift der „Proletarian Party.")
Uebersetzt von P. M., USA.

werden. So unbedeutend Rußlands Außenhandel auf dem europäischen Markt ins Gewicht fällt, seine Petroleumproduktion steigt seit Jahren in gerader Linie an und wird in einigen Jahren eine beachtenswerte Macht darstellen. Endlich stellt sich dem schon jetzt mit Absatznot kämpfenden Petroleumkapital ein neuer gewichtiger Konkurrent entgegen. Das ist die Verflüssigung der Kohle zu Leichtöl (Benzin) und auch zu Schmieröl. Deutschland bezieht augenblicklich für reichlich 200 Millionen Mark Oel aus dem Auslande. Der Chemie-Trust aber errichtet bei Merseburg auf Braunkohlenbasis eine Verflüssigungsanlage, die in einigen Jahren 120 000 Tonnen Oel liefern wird. Ebenso ist das rheinisch-westfälische Kohlenkapital dabei, Verflüssigungsanlagen zu errichten. In absehbarer Zeit wird Deutschland wohl zum größten Teile sein eigenes Oel im Lande selbst herstellen. In England geht dasselbe vor sich. Für das englische Festland wird ebenfalls in einigen Jahren der eigene sehr große Bedarf ganz oder doch zu einem sehr großen Teile hergestellt werden. Wenn die Kohlenverflüssigung auch nur einen Teil der Hoffnungen erfüllt die in sie gesetzt werden, dann bekommt das Petroleumkapital einen gewaltigen Schlag. In den Vereinigten Staaten, wo, wie schon erwähnt, das Petroleum seiner Erschöpfung entgegengeht, ist man ebenfalls dabei Oel aus Kohle herzustellen. Das Kohlenöl verspricht aber infolge seiner billigen Herstellungskosten ein gefährlicher Konkurrent des Petroleum zu werden. Wie die Politik des Nordamerika-Petroleumkapitals in Südamerika, des englischen in Asien, des russischen in Europa (russisch-englicher Konflikt) aber zeigt, muß die notwendig werdende verschärfte Konkurrenz bei sinkendem Absatz, sinkenden Preisen und steigender Produktivität noch ganz andere politische und wirtschaftliche Krisen auslösen. Ausbeutung rückständiger Völker auf der einen Seite und Arbeitslosigkeit und Drückung des Lebenstandards der Arbeiterklasse sind die direkten Folgen.

„Klassenkampf"

Beglaubigte Abschrift.
Geschäftsnummer 13. B. 68 27/24.

Privatklagesache

1. des Mechanikers Fritz Sommerfeld, Berlin N 113, Ueckermünder Straße 7, bei Krummel,
2. des Werkzeugmachers Paul Amhoff, Berlin NW 83, Sickingenstr. 55, Privatkläger, gegen

den Sekretär Max Frenzel, Berlin, Turiner Straße 3, Angeklagter, wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht Berlin-Wedding, Abteilung 13, in Berlin hat am 11. Januar 1928 für Recht erkannt: Der Angeklagte Sekretär Max Frenzel wird wegen öffentlicher Beleidigung des Mechanikers Fritz Sommerfeld und des Werkzeugmachers Paul Amhoff zu 100 — Einhundert — Reichsmark Geldstrafe, hilfsweise 10 — zehn — Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Den Privatklägern wird die Befugnis zuerkannt, den erkennenden Teil des Urteils in den Zeitungen „Rote Fahne" und „Vorwärts" einmalig auf Kosten des Verurteilten binnen einer Frist von 4 Wochen nach Rechtskraft des Urteils veröffentlichen zu lassen.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt. Das Urteil ist vollstreckbar.

Berlin, den 2. Februar 1928.

J. A. Adler, Justizinspektore als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Berlin-Wedding, Abt. 18.

Herr Frenzel ist natürlich ein Bönzchen und Amhoff und Sommerfeld seine zahlenden Mitglieder, die keine anderen Mittel haben sich zu wehren als das bürgerliche Gericht.

Aus der Partei

Realpolitik und Revolution

Eine Antwort an Genossen K. Horner.

(Schluß.)

Wie die Luxemburgsche Akkumulationstheorie nur in der Retorte des Laboratoriums das automatische Ende des Kapitalismus beweisen könnte, weil die imperialistische Entwicklung von den Klassenkämpfen nicht zu trennen ist, so muß für den Kommunismus auch der Weg zur organisatorischen Eroberung der Mehrheit des Proletariats vom siegreichen Aufstand selbst gekreuzt werden. Die revolutionären Arbeiter haben den dialektischen Widerspruch der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen, die in Rückläufen und Sprüngen höhere Formen zum Durchbruch bringt und so die Evolution verkörpert. Deshalb kann die organisatorische Macht des Proletariats nicht im Gegensatz zum Kapitalismus organisch heranwachsen, bis zwischen zwei Organisationen die Entscheidung fällt. So verstehen wir das Wort Karl Liebknechts, das wir „grundsätzlich Minderheit sind", und darin muß auch der Unterschied zwischen Quantität der alten Sozialdemokratie und Qualität in der revolutionären Organisation zum Ausdruck kommen.

Horner geht von der vorläufig auf weite Sicht absteigenden Linie des Klassenkampfes aus und deshalb werden die Hunderte, die heute noch nicht zu Millionen reden können, nicht nur nicht Tausende, sondern müssen bei dem durch die Schwierigkeiten des Klassenkampfes bedingten enormen Kräfteverbrauch der Revolution immer weiter noch auseinanderbröckeln. Horners Feststellungen über den Bankrott der alten Parteimystik können für den Klassenkampf nur positiv sein, wenn die revolutionäre Partei bereit ist, auch um ihre organisatorische Existenz zu kämpfen, weil anders mit ihrer äußeren Erscheinungsform die sogenannte Seele der Revolution selbst zugrunde geht. Eben weil die Partei nicht nur das Stirb, sondern auch das Werde des Klassenkampfes ausdrücken muß, darf sie nicht bei der Trauer stehen bleiben, das sich die politisch erfahreneren Generationen der Arbeiterschaft aus traditioneller Belastung heraus in anderen Lagern befinden, oder resigniert gänzlich abseits stehen. Die Partei hat ihren Blick auch auf jene jungfräulichen Arbeiterschichten zu richten, die der proletarischen Organisation erst durch Krieg und Revolution erschlossen wurden und neue Qualität gebären können. Horners Vergleich zwischen sozialdemokratischer Organisation als Selbstzweck und proletarischer Partei als Mittel zum Zweck läuft bei seiner Auffassung von der kapitalistischen Zukunft auf die Auflösung der Partei hinaus. Denn der Unterschied zwischen Sekte und Partei liegt nicht in der Quantität, sondern dort, wo die Aufklärungsarbeit der Partei den Gedanken der Führung des Prinzips und der Klarheit, der hier organisatorisch verkörpert ist, mit einschließt, während die Sekte den Triumph ihrer Wahrheit wie ein Himmelswunder aus den Massen von selbst erwachsen sieht und deshalb mit ihrer unhistorischen Auffassung nicht mehr auf dem Boden des Marxismus steht. Nicht vom Warten auf große Tage und bessere Zeiten, sondern von täglicher Kampfarbeit, von der praktischen Verbindung mit den arbeiten Massen lebt die revolutionäre Partei.

Der Schmelztiegel der Revolution hat viele Probleme aus der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit in die höhere Einheit aufgelöst. Spontanietät und Organisation gehören jetzt im Klassenkampf zusammen, weil die Frage der Führung mit dem Kampfwillen und der Tatkraft außerhalb stehender Massen unzertrennlich verbunden ist. Weil keine Partei die Klasse in sich vereinigen kann und die revolutionäre Partei, als jeweils höchster Ausdruck der proletarischen Klassenerkenntnis stets nicht einmal entscheidende Teile der Arbeiterschaft in ihren Reihen zählen wird, kann die Partei nicht die Revolution machen. Deshalb kann der Sieg der Revolution nicht organisiert werden. Aber weil der Aufstand des Proletariats nicht von selbst kommt; sondern nur der Schlußpunkt aller vorausgegangenen Kämpfe ist, die aus fortschreitender Solidarität der Arbeiter erwachsen, kann das revolutionäre Proletariat den Kampf gegen das Kapital nicht auf eine historische Stunde vertagen, sondern muß trotz alledem den Ruf nach Organisierung dieser Kämpfe täglich neu auf seine Fahne schreiben. Horner sieht die Betriebsorganisation als Ueberbleibsel aus großer Zeit oder als eine andere Formation der revolutionären Partei und steht damit praktisch auf dem Boden der Einheitsorganisation.[4] So erscheint es uns auch nicht verwunderlich, daß er sich bei aller Anteilnahme an den Auseinandersetzungen um die Grundlage der marxistisch-antiparlamentarischen Bewegung noch nicht dazu verleiten ließ, auf die sogenannten antiautoritären Strömungen, die das legitime Kind eines ganz bestimmten Abschnitts unserer Bewegung sind, auch mit einem Wort nur einzugehen. Gerade weil er nicht das wirkliche Wesen der Betriebsorganisation erkennt, muß er alles von der Spontanität des großen Moments erwarten und die Kämpfe der Arbeiter bis dahin jenen Gewerkschaften überlassen, deren Grundlage die Zerstörung der Solidarität und damit des Fundaments der Revolution sind.

Nicht wie Gorter, der in seiner Schrift über die Klassenkampforganisation des Proletariats von vielen Millionen Unionisten träumt, und so den Vorkriegsgedanken der Organisierung der Revolution wiederholte, sondern als der über ein engeres politisches Bekenntnis hinausgreifende Anfang proletarischer Kampfmethoden, der im täglichen Klassenstreit praktisch demonstriert wie die Befreiung der Arbeiter ihr eigen Werk sein wird, als die Fahne der proletarischen Rebellion gegen kapitalistische Wiederaufbau-Offensive, steht jetzt die Allgemeine Arbeiter-Union neben der proletarischen Partei. Auch sie wird bis zum Sieg nicht die Mehrheit des Proletariats erobern und muß doch in ihrer breiteren Form die Ouvertüre einer neuen Marschordnung der Revolution werden. Horners Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage geht nicht über theoretische Kritik hinaus. Deshalb sieht er nicht, wie aus kleinen Anfängen des kapitalistischen Alltags die proletarische Form des Zusammenschlusses erwächst, die mit ihrer Tatverantwortlichkeit dem Arbeiter das Verständnis der großen Klassenzusammenhänge erschließt. So wird eine andere Form proletarischer Vereinigung zum Mutterboden der Solidarität und in der Entfaltung proletarischer Erkenntnis ein Zuflußbecken für die revolutionäre Partei. Gerade weil der Genosse Horner für die Gegenwart die Existenzberechtigung der Union in Wirklichkeit nicht anerkennt, kann selbst ein „marxistischer" Hans Dampf wie Korsch seine Beweisführung unterstreichen, daß Marx' und Lenins Darstellungen über den kapitalistischen Staat auch für die Gewerkschaftsorganisationen gelten muß. Indem der Herr Professor mit Fettdruck hervorhebt, daß die andere Organisationsform erst das Produkt revolutionärer Erkenntnis sein kann, glaubt er seine Zimmerwald-Theorie gerettet und kann zugleich der Betriebsorganisation platonische Liebe erweisen.[5]

Für die proletarische Partei aber bedeutet Betriebsorganisation das Bindeglied zwischen marxistischer Theorie und proletarischer Wirklichkeit und damit die Brücke von Spontanität zu Organisation. Erst die Betriebsorganisation als Waffe des täglichen Kampfes führt die Fragestellung nach Partei- oder Klassendiktatur auf ihren realen Inhalt zurück, der sich nicht mehr an einen im Kampfe undefinierbaren Klassenbegriff klammert, sondern vom Standpunkt des Marxismus entscheidet. Wir verstehen unter Klassendiktatur des Proletariats etwas anderes als die verschiedenen Schattierungen der Organisationsverneiner, denen die Courage fehlt, offen unter der Flagge der Herrschaftslosigkeit zu segeln, und wir brauchen es nicht zu leugnen, daß unsere eigene programmatische Unklarheit an der Entstehung dieser proletarischen Dekadenz mitbeteiligt war. Klassendiktatur heißt nicht, hundertprozentige Solidarität zur Revolution voraussetzen, um damit Gegner der Revolution zu sein, sondern heißt im Aufbau der Arbeiterherrschaft die wirklichen Interessen des Proletariats demonstrieren und die organisatorischen Formen finden, deren Existenz auf wachsende Betätigung der Massen begründet ist. Klassendiktatur heißt nicht, daß die Führerfrage einfach „abgeschafft" wird, wie bei den Anarchisten der Staat, sondern daß an Stelle des Instanzenwesens wirkliche Auslese der Tüchtigsten gewährleistet ist und die Massen nicht mehr oligarchischen Führerkasten wehrlos gegenüberstehen, daß die Frage der Führung in Vereinigung von Leben und Arbeit endlich Angelegenheit der Kollektive wird. Will der Genosse Horner gegen den mit Klassendiktatur maskierten Individualismus auf unserer Seite stehen, so wird er seinen Standpunkt zu den aufgeworfenen Fragen nicht allein mit Spontanitätstheorie begründen können.

[4]) Die Einheitsorganisation predigt neue Organisationsformen, ohne ein konkretes Verhältnis zum gegenwärtigen Klassenkampf. Ihre theoretische Organisationsexerei steht praktisch auf dem Boden der Spontanitätstheorie.

[5]) Kommunistische Politik II, Nr. 14, Beilage.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Weißenfels

Warum versucht die KPD. Arbeiterversammlungen zu sabotieren?

In dem roten Geißeltal stießen wir bei unserer Agitation auf die Orte Neumark und Mücheln. Leider war die Vorarbeit unserer Kleber nicht besonders geleistet, so daß in Neumark die von uns angesetzte Versammlung nicht stattfinden konnte und wir mit den Anwesenden nur eine rege Diskussion entfachen konnten. Es hatten sich da hauptsächlich KPD.-Anhänger versammelt, denen wir, anfangs freilich mit Hindernis und Zwischenrufen, jedoch als diese unseren Ernst erfaßten, unser Programm der AAU. und KAP. mit aller Schärfe gegen KPD. und Gewerkschfaten entwickeln konnten. Im Laufe der Diskussion stärkte sich das Interesse oder vielmehr die Zweifel an der Politik der KPD., so daß wir sogar unsere Zeitungen verkaufen konnten, was anfangs ausgeschlossen war. Man muß eben erst überall den Fanatismus durchbrechen, ehe man die weiteren Klärungsschritte unternimmt. — Nachmittags war die Versammlung in Mücheln ebenfalls schwach besucht, was zurückzuführen ist auf den Kadavergehorsam der KPD.-Anhänger, die sofort ihren Bonzen disziplin hielten, da diese während unserer Versammlungszeit Funktionärsitzungen einberufen hatten. Man merkt doch bei der KPD. große Angst, daß ihre Schäfchen von uns die Wahrheit über die Politik und Handlungen dieser reformistisch versumpften Partei hören könnten. Aber trotz alledem hatte sich eine Schar Grubenproleten eingefunden und wir konnten unsere Versammlung unter dem Thema: „Nach Sibirien spricht Stalin", abhalten. Nach 1½stündigem Referat unseres Gen. M. meldet sich ein KPD.-Funktionär zur Diskussion, welcher angab, früher auch einmal KAP.ist gewesen zu sein, doch diese Partei verlassen hat, weil angeblich bei einem Betriebsvorfall von 80 Unionsgenossen 2 gegen das Programm verstoßen hätten. So wenig hat er den Marxismus und das Programm der AAU. begriffen, daß er wegen Fehlhandlung zweier Genossen eine ganze revol. Bewegung verläßt, um zurückzukehren zu den von ihm vorher bekämpften Gewerkschaften und parlamentarisch-reformistischen Parteien. Müßte er nicht dauernd aus der KPD. treten, wo, täglich sogar Führer der Partei gegen das einstige Spartakusprogramm bewußt handeln? Seine Ausführungen waren sehr fad gehalten und klangen voller Phrasen, Gegenbeweise hat er überhaupt nicht angebracht. Wie sollte auch er dieses können, wovor ja seine ganze Partei kneift und höchstens nur mit persönlichen Argumenten und Schmutz versucht, uns entgegenzutreten. Ein KPD.-Arbeiter machte nach den Ausführungen unseres Referenten, da dieser die ganzen trostlosen Zustände in der KPD.-Politik klar und offen aufzeigte, die ganze verräterische Maske der KPD. vorführte, den verzweifelten Ausruf „das ist ja allerhand, hört Ihr noch nicht bald auf!" Als wir versuchten ihm die Notwendigkeit dieser Aufklärungsarbeit versuchten auseinanderzusetzen, verließ er unter Schimpfworten den Saal. Das sind solche Beispiele, die die KPD. verhindern will, daß diese in ihren Reihen überhaupt auftreten. Denn da fängt nämlich der Arbeiter erst mal an sich selbst zu denken und an der Politik der Anderen zu zweifeln an. Und das ist für die KPD. zum Schaden, diese braucht eben nur Massen, die sich blindlings führen lassen, sie handelt eben nicht mehr nach dem Wahlspruch „die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!" Der Referent bewies in seinen Ausführungen, daß es den KPD. gar nicht ernst sei mit der sogenannten „Revolutionierung" der Gewerkschaften, des Parlaments, des Konsums und sonstiger Institutionen. Nein, das Gegenteil, sie hält mit fest an der kapitalistischen Ordnung durch Forderungen der Gehälter höchster Staatsbeamten, Zuschüssen für Kirche und Polizei, ja sie verschweigt sogar den Proleten, wie im Reichstag ein Abgeordneter sagte „ . . . dann werden wir das Schweigen brechen!" und wollte doch das Parlament als Tribüne zum Proletariat benutzen. Wie wir weiter die Rußlandfrage anschnitten und die Ursachen der jetzigen KPD.-Politik mit der russischen Entwicklung seit dem Jahre 1918 überhaupt verknüpften, meldete sich auch mal ein SPD.-Mann zum Wort, um zu krtisieren die sich doch so revolutionär nennende KPD. Unser Referent führte in seinem Schlußwort aus, daß sich die SPD. nicht lange mehr aufregen braucht, denn man bereitet heute ja schon den Empfang der KPD. in die SPD. vor. Die Arbeiter folgten den Schlußausführungen mit Interesse und Spannung und haben auch interessierend unter Rußlandbroschüre „Sowjetgranaten" gekauft. — Als Erfolg aus diesen Versammlungen können wir buchen, daß die Arbeiter der Politik ihrer führenden Parteien jetzt doch kritischer betrachten werden und hoffentlich nicht nur Kritik üben, sondern darangehen, sich über ihr eigenes Handeln klar zu werden.

Proletarisches Notizbuch

„Zehn Jahre rote Armee" heißt das Thema gegenwärtiger leninistischer Parteifeiern. Infolge der Niederträchtigkeit Trotzkys, der seine Verbannung nach Sibirien provozierte, feiert man bei gedämpftem Trommelklang, um die Gläubigen nicht in Zweifel zu bringen. Die „Rot"gardisten, die Trotzky, ihren früheren Oberkommandierenden, dorthin gebracht haben, sollen dafür den „Orden der Roten Fahne" erhalten haben. — So ändern sich die Zeiten, und so wird weiß, was einst rot war.

Die Berliner Werkzeugmacher haben so lange warten müssen, bis die Bonzen mit dem Streik in Mitteldeutschland fertig waren. Nun erklären die Metallgewaltigen, daß sie sofort aussperren, wenn sie sich nachdem mucksen. Die Werkzeugmacher brauchen aber keine Angst haben. Ihre „Führer" sind schon mit ganz anderen Leuten „fertig geworden".

In Mecklenburg-Strelitz ist die Regierung gestürzt worden! Das ganze Ländle hat 110 000 Einwohner. — und keine eigene Regierung!!

Die Arbeitslosigkeit in Amerika beziffert sich Zeitungsmeldungen zufolge auf 4 bis 5 Millionen.

Zum Fall Rakowsky. Tschitscherin soll bei Briand vertraulich angefragt haben, was die französische Regierung denn eigentlich gegen Rakowsky einzuwenden hat. Briand soll darauf erwidert haben: Senden Sie uns einen Kommunisten, der für den Aufbau des Sozialismus in e i n e m Lande ist!

Organisatorische Mitteilungen

Nowawes.
März-Gedenkfeier.
Freitag, den 9. März, in **Kleins Festsäle**, Wilhelmstraße.
U. a. Aufführung des proletarischen Bühnenstückes
„Massenaktion."

Parteifunktionäre Groß-Berlin.
Dienstag, den 28. Februar, Lokal Skalitzer Str. 46 a,
Ecke Lausitzer Straße.
Fortsetzung der Funktionär-Versammlung.
Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht!

Groß-Berlin.

6. Unterbezirk. Freitag, den 2. März: Oeffentlicher Diskussionsabend. — Thema: **Revolutionärer Klassenkampf.**

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, findet in Berlin, Centrum, eine **Groß-Berliner Funktionärversammlung** statt. Es haben sämtliche Jugendfunktionäre zu erscheinen. Die Tagesordnung wird, soweit sie den Jugendgenossen nicht vorher zugestellt werden kann, in der Versammlung erst bekanntgegeben. Dortselbst gelangen auch die neuen Funktionär-Ausweise für 1928 gegen Vorlegung der roten Mitgliedskarte zur Ausgabe.

Das Tagungslokal wird in der Sonnabendnummer der KAZ. bekanntgegeben.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N, Hagenauerstr. 12. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . .

Ort: . . . .

Straße: . . . .

9. Jahrg. Nr. 17

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 1. März 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Neue Wege sind notwendig!

Nach jahrelangem „Aufbau", „Abbau", „Wiederaufbau", nach jahrelangem geduldigem Hoffen steht das Proletariat vor den letzten Ergebnissen der „Wirtschaftsdemokratie" unter den Schlägen der Schlichtungspeitsche, es steht vor der ehernen Tatsache, daß sein Kampf reguliert wird von den Regierern der Ausbeuterrepublik selbst. Das Kapital hat die Schlichtungsgesetze in eine Waffe der Diktatur über das Proletariat verwandelt. Der Weg der Gewerkschaften führte zu einer völligen Auslieferung des Proletariats an seinen Klassenfeind, und doch kann die kapitalistische Wirtschaft die Meuterei der Sklavenbataillone nicht verhindern. Die „Stabilisierung" schafft selbst die Kräfte, die sie erschüttern. Der Funke des Klassenkampfes sprüht aus den sozialen Gegensätzen. Eine neue Etappe in der deutschen Arbeiterbewegung beginnt.

Die Gewerkschaften „wollten" eine „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen". Aber sie wollten sie unter **kapitalistischen** Bedingungen. Ihre Parole war: „Ordnung, Ruhe. Nur Arbeit kan uns retten." Sie haben die ersten kühnen Vorstöße des Proletariats blutig unterdrückt, und haben den Weg freigelegt für den kapitalistischen Aufbau. Heute reifen die Früchte dieser Politik.

Der Kampf um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" fand seinen realen Ausdruck in der Forderung: **Mehr Arbeit für die deutsche Wirtschaft.** Er fand seinen weiteren Ausdruck in der Forderung: **Wirtschaftsdemokratie**, d. h. B u r g f r i e d e n. Er fand seinen Ausdruck in der Forderung: Vernünftige Rationalisierung. Kurz, der Kampf der Gewerkschaften war ein Kampf um die Durchsetzung **kapitalistischer Notwendigkeiten.** Er war ein Kampf darum, dem Kapital die volle Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auszuliefern. Er war ein Kampf um die „Völkerverständigung", d. h. um die internationale Verständigung des Kapitals gegen das Proletariat. Die Durchsetzung aller dieser kapitalistischen Forderungen mußte naturnotwendig die Macht der kapitalistischen Klasse selbst stärken. Die internationale Verständigung bewies bereits, daß das englische und französische Kapital das deutsche Kapital als ebenbürtigen Vrtragskontrahenten anerkennt. Damit auch der Humor zu seinem Rechte kommt, erklären die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, daß die „Bürgerblockregierung" eine „außenpolitische Gefahr" sei. Daß ein Arbeiter auf den Gedanken käme, daß diese Bürgerblockregierung nur die politische Seite der wirtschaftlichen Verständigung und somit der Schlußstein der „Wirtschaftsdemokratie" selbst ist, daran haben die Gewerkschaften natürlich nicht gedacht.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sämtliche Parolen der Gewerkschaften in Wirklichkeit nur dem Verlangen der kapitalistischen Appetite Rechnung trugen. „E r s t mehr Arbeit, und d a n n „Gesundung der Wirtschaft". „E r s t Ruhe und Ordnung, und d a n n „Sozialismus". „E r s t Rationalisierung, und dann für das Proletariat die Früchte". So haben die Gewerkschaften unter der Maske des Kampfes um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" das Proletariat dem Kapital ausgeliefert, haben demselben Kapital die Schlichtungspeitsche in die aHnd gedrückt, sind zu ebenbürtigen Vertragskontrahenten geworden: sind dem Kapital in jedem Streik helfend zur Seite gesprungen durch Organisierung des Streikbruchs — und nach all diesen Versuchen, den Kapitalismus „gesund" zu machen, damit derselbe dem Proletariat endlich einmal „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" geben kann, ist die Kehrseite der Medaille eine **Dauerarbeitslosigkeit** von Millionen, ein ständiger Druck auf die in den Betrieben Stehenden durch diese industrielle Reservearmee, und ein erneuter Angriff auf die Hungerration der Arbeiterklasse. Der offene Bankrott der wirtschaftsdemokratischen Gewerkschaftspolitik kann keinem denkenden Arbeiter mehr verborgen bleiben.

Die eherne Tatsache, daß die kapitalistische Warenwirtschaft sich nach ihren eigenen Gesetzen entwickelt, bleibt eben trotz der Stumpfsinnigkeit der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien eine Tatsache. Diese Stumpfsinnigkeit findet ihren prägnantesten Ausdruck in der Forderung, das Kapital müsse in seinem eigenen Interesse höhere Löhne geben, damit so durch diese vermehrte Kaufkraft eine verstärkte Nachfrage nach Waren und damit eine Belebung der Produktion geschaffen würde. Auf eine einfache Formel gebracht, brauchte also das Kapital nur jedem Proletarier einen Hundertmarkschein wöchentlich in die Hand drücken und, die kapitalistische Krise wäre beseitigt. Man muß sich wirklich wundern, daß eine solche „Weltanschauung" von Max und Moritz heute noch das Programm eines großen Teiles von Proletariern bilden kann.

Die kapitalistische Rationalisierung ist nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Erscheinung. Sie zieht alle kapitalistischen Produktivkräfte in ihren Bann und läßt sie einen wilden Tanz um den Weltmarkt aufführen. Die Rationalisierung ist das Mittel und zugleich die weitere Folge des Kampfes um den Weltmarkt, die Voraussetzung für ein Bestehen dieses Konkurrenzkampfes ist die Rationalisierung in Permanenz. Die Rationalisierung wird zu einer Schraube ohne Ende aus dem Grunde, weil der kapitalistische Markt nicht beliebig erweitert werden kann. Der Widerspruch zwischen der erweiterten Produktionsbasis und dem sich immer mehr verengernden Weltmarkt wird immer größer. Die Rationalisierung selbst wird zu einem Mittel, um diesen Gegensatz auf die Spitze zu treiben. Die sozialen Folgen der Rationalisierung wachsen automatisch mit ihrer Verschärfung.

Das Problem, vor dem das deutsche Kapital steht, ist die Rationalisierung seiner sogenannten „sozialen Fürsorge". Rationaliserung heißt „Vernünftigmachung". Die Millionen aber, die das Kapiptal für die arbeitslosen Massen geben muß, sind vom kapitalistischen Standpunkte Gelder für unproduktive Zwecke. Rationalisierung heißt „Verbilligung der Produktion". „Sparen" kann die Bourgeoisie jedoch nur da, wo diese Sparsamkeit eine Abstreichung an unproduktiven Ausgaben bedeutet. Man muß sparen, indem man den überflüssig gewordenen Fressern die Bettelpfennige streicht bzw. kürzt. Dadurch erreicht man zu gleicher Zeit eine erhöhte „Arbeitsfreudigkeit" und einen verstärkten Druck auf die noch in den Betrieben stehenden Lohnsklaven. Der Abbau der sogenannten sozialen Fürsorge ist ein absoluter Bestandteil des Gesamtprozesses der Rationalisierung selbst. Natürlich bedarf es dazu einer ziemlichen Kraftanstrengung. Aber nur von diesem Gesichtspunkt aus kann man die tatsächliche Politik der Gewerkschaften beurteilen. Es ist dies im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft genau so notwendig, wie die Mehrarbeit, die „Ruhe und Ordnung", die „Tariftreue" usw.; denn ohne diese konsequent durchgeführte Rationalisierung unterliegt das deutsche Kapital in seinem Kampfe auf dem Weltmarkt, und wer den Aufstieg des Kapitalismus will, der muß ihn wollen mit allen seinen Konsequenzen. Die „Aktion" der Gewerkschaften ist nur darauf berechnet, dem Kapital zum Bewußtsein zu bringen, daß eine allzuscharfe Anspannung des Bogens die Ruhe und Ordnung stören und Kämpfe auslösen könnte, über die die Gewerkschaften evtl. die Gewalt verlieren würden; denn ein wirklicher Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus würde eine starke Störung sowohl der kapitalistischen Produktion im Gefolge haben und damit eine Verminderung ihrer Konkurrenzfähigkeit, als auch den kämpfenden Massen zum Bewußtsein bringen, daß der Kampf der Gewerkschaften um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" eine elende P h r a s e ist, daß dieselben vielmehr in dem den Proletariern aufgezwungenen Kampf konsequent, jenseits der Barrikaden stehen würden, wie in jeder entscheidenden Situation. Diese Politik der Gewerkschaften, die einen Kampf vortäuscht, der nur auf eine Zermürbung der proletarischen Kräfte gerichtet ist, der nur die Rebellion auffangen soll, um sie in lokalen Streiks abzutöten, ist in Wirklichkeit nur das Sicherheitsventil an dem mit Explosivstoff geladenen kapitalistischen Kessel.

Diese kapitalistische Entwicklung und ihre Folgen auf die Arbeiterklasse werden die Proletariermassen unbedingt in Bewegung bringen. Der mitteldeutsche Streik ist die erneute

Die Zukunft der Streikkämpfe

Die Berliner Werkzeugmacher sind in den Streik getreten. Allerdings nur 25 Prozent, mehr wagte der Berliner Metallarbeiter-Verband nicht aus den Betrieben herauszuziehen. Aber diesen „Kampf" im Einvierteltakt haben die Gewerkschaften sanktioniert.

Und noch dazu haben sich die Gewerkschaften den Zeitpunkt für diesen ihren neuen großen „Kampf" fein ausgesucht. Kaum eine Woche nach Aschermittwoch und kaum eine Woche, nachdem der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter unter Führung und Sanktionierung der Gewerkschaften und ihres Schlichters sang- und klanglos zu Ende gegangen ist.

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD. und ihrer Gewerkschaftsopposition, ist allerdings diesen Tatsachen gegenüber mit ihrer „Taktik" schnell fertig. „Der ADGB. muß", schallt es durch die Lande. Die KPD. ist froh, wenn sie dann hinterher sich kleine „Gewerkschaftserfolge" einbilden kann; denn was gehen die Bonzen der KPD. die Arbeiter an? Sie fühlen sich von diesen völlig unabhängig und treiben ihre Politik wie die Gläubigen im Reiche Allahs und Amanullahs, mit dem Gesicht gegen Mekka — in diesem Falle Moskau gewandt. Sie werden diese Politik noch eine Weile betreiben können, da die Dummen nicht alle werden und Moskau nach wie vor zahlt.

Nicht so die Arbeiterschaft. Vor ihr steht der ganze Ernst der Situation. **Die Kapitalisten begegnen der „schlauen" Taktik der Gewerkschaften sofort mit der Aussperrung Hunderttausender und stellen das Proletariat vor die Frage: Machtkampf von Klasse zu Klasse oder Kapitulation.**

Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Gesetzlichkeit. Gemeint ist, wie Leipart noch unlängst betonte, natürlich die bürgerliche Gesetzlichkeit. Diese aber ist doch wahrlich, wie jeder Arbeiter bedenken möchte, der Strick um den Hals des Proletariats. Ein Strick, der mit jedem weiteren Tage der „Rationalisierung" fester angezogen wird.

Diese bürgerliche Gesetzlichkeit schließt das Tarif- und Schlichtungswesen ein. Aber die Gewerkschaften bejahen sie. Der Schlichter entscheidet, so daß die Gewerkschaften vollkommen überflüssig sind. Aber die Gewerkschaftsbonzen richten es sich in der Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gibt, behaglich ein. Für sie ist der Käfig ein goldener. Und die „Kommunisten" stehen Gewehr bei Fuß und „erobern" — die Sackgasse.

Nicht so kann man Kämpfe führen.

Die Gewerkschaften müssen zertrümmert werden, damit der Weg frei wird.

Das erste Erfordernis ist, daß die Arbeiter die Gewerkschaften gar nicht erst an die Führung lassen. Jeder Tag, an dem die Gewerkschaften „führen", ist ein schwarzer Tag des Verrats und der Niederlage. Die Gewerkschaften werden nie mehr einen Kampf wirklich und ehrlich führen. Sie sind dazu gar nicht imstande. —

Deswegen muß sich die Arbeiterschaft, die ernstlich kämpfen will, Aktionsausschüsse wählen, die an der Spitze des Kampfes stehen, aber nur den kämpfenden Arbeitern und ihren Interessen verantwortlich sind.

Diese Aktionsausschüsse aber können nur von den Arbeitermassen aus den Betrieben und Stempelstellen heraus gewählt werden; denn die 58 Berufsverbände der „freien" Gewerkschaften sowie auch die sogenannten Industrieverbände aller Sorten gehören längst in die geschichtliche Rumpelkommer oder auf den Faschingswagen.

Die Industrie ist national und international durchorganisiert und durchkonzentriert. Die heutige Kapitalistenklasse kennt im Kampfe gegen die Arbeiterschaft keine Berufsunterschiede mehr. Sie bildet ihr gegenüber die eine reaktionäre Masse, die eine kapitalistische Klassenfront. Was bedeutet es anders, wenn sie heute mit staatlichen Mitteln, mit der Teno wie der Schupo und Klassenjustiz jeden Kampf im Entstehen abzuwürgen versucht? Dieser Staat ist doch niemand anderes als der Sachwalter der gesamten kapitalistischen Klasse.

Also nicht mit dem einzelnen Unternehmer, wie es den Anschein hat, sondern mit der gesamten kapitalistischen Klasse hat der Arbeiter heute den Kampf zu bestehen. Er wird ihn aber nur bestehen können, wenn auch er dahin wirkt, daß die Klassenfront des Proletariats errichtet wird und er sich in diese einreiht. Die künstlichen Schranken beruflicher und anderer Natur zwischen den Arbeitern müssen fallen. Ihre Losung muß sein: ein Elend, eine Kette, ein Kampf der Arbeiter bildet sich heute noch oft ein, er könne um „Reformen" kämpfen. Er stellt also seine Forderungen auf ein paar Pfennige mehr Lohn usw. Aber der Reformismus entbehrt in der heutigen Epoche jeder objektiven Grundlage in den Verhältnissen. Das beweist jeder Schiedsspruch, jeder Tarifvertrag.

Gewiß sollen die Arbeiter wie Menschen leben. Aber nicht auf dem parlamentarisch-gewerkschaftlich-reformistischen Wege werden sie jemals dieses Ziel erreichen. Zwischen ihnen und der Stillung ihrer Bedürfnisse liegt der Sturz der Bourgeoisie durch die proletarische Revolution. Erst dann wird der Weg zu einem menschenwürdigen Leben frei.

Deswegen ist der Weg zu jeglichem Ziel klar vorgezeichnet. Es ist der Weg der revolutionären Massenaktion und i h r e r Gesetzlichkeit.

Die Betriebsorganisationen, zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, propagieren diesen Weg. Sie suchen sich gleichzeitig in den Betrieben wie auf den Stempelstellen organisatorische Stützpunkte zu schaffen.

Sie werden versuchen müssen, auch die Kämpfe und ihre Auswirkungen im Sinne der Betriebsorganisation und ihres revolutionären Gedankens auszuwerten.

Mit dem Fasching der Gewerkschaften muß Schluß gemacht werden.

Der Kampf wird ernst. Arbeiter! Schart Euch um die Allgemeine Urbeiter-Union!